

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 331 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 4/2023 VOM 31. MÄRZ 2023 · 1 EURO

4 | **Barrierefreiheit am  
Bahnhof verbessern**

Zugänge von der Brücke schaffen

8 | **Jahrestage  
dreier Angriffskriege**

Vor 12 ... 20 ... 24 Jahren

15 | **Die »Rote Oma« –  
eine außergewöhnliche Frau**

Abschied von Elisabeth Monsig

## *Peters' Landwirtschaft: Wissen, wo's herkommt*

*Bauer Peters fördert den regionalen Kreislauf in der Barnimer Feldmark*

**Der Barnim verfügt mit seiner im Süden gelegenen Feldmark über ein ausgesprochen arten- und nahrungsreiches Gebiet. Zwischen Hügeln und kleinen Seen wechseln lehmige und sandige Böden einander ab. Mitten drin, in Löhme, behauptet sich seit der Auflösung der DDR der Bauernhof Peters.**

Einer der Nachkommen, HANS-CHRISTOPH PETERS, betreibt auf dem elterlichen Land einen eigenen Betrieb mit Tierzucht und Ackerbau. Bereits dort aufgewachsen, verfolgt er konsequent die Idee, mit regionalen Kreisläufen auszukommen. Natürliche Mechanismen haben bei ihm Vorfahrt, etwa eine Tierhaltung ohne geschlossene Ställe oder der Verzicht auf Pestizide im Ackerbau. So es irgend geht, nutzt er Verwertungsketten aus demselben ländlichen Raum, für den er auch produziert. So mäht er in angrenzenden Gemeinden Stroh und Heu als Futter für seine Tiere und erzeugt damit Fleisch von seinen Schweinen, das er im Hofladen Seefeld oder bei Gastronomie-Partnern anbietet. Durch seine Art zu wirtschaften weiß der Kunde, woher die Ware kommt. Die gesamte Produktpalette liefert er an diverse Ausgabestellen des alternativen Nahrungsmittelverkaufs der Marktschwärmer. So bringt Peters selbst Fische eines Profiänglers, der Gewässer ganz in der Nähe nutzen darf, an die Kunden.

Allein die Marktschwärmer sind wieder eine Innovation, bei der Konzerne nicht mithalten können, denn in diesem System liefern die Bauern nur das an, was die Kunden bestellt haben – ohne Lagerverlust. Hans-Christoph Peters hätte auch gar keine Zeit, sich auf den Markt zu stellen. Diese nutzt er viel lieber für seine Tiere. Mit diesem Konzept sorgt er nun schon viele Jahre für sich und seine Kunden, selbst wenn gestiegene Zulieferpreise und andere schlechte Bedingungen für Kleinbetriebe immer wieder ein Fragezeichen setzen. Der Landwirtschaftsmeister konnte sich trotzdem bisher mit neuen Ideen zur Verbesserung der Tierhaltung gegen alle Umstände durchsetzen.

Doch zu Pfingsten letzten Jahres stand für ihn und seine Familie die Welt auf einmal still. Mehrere Stallanlagen brannten lichterloh und mitsamt Schlachtereie und Hofladen vollständig aus. Nur eine Welle der Solidarität ermöglichte einen unglaublichen Aufbauakt und rettete schließlich die Wirtschaftseinheit vor der Schließung.

Während sich für die Kunden die Räder des Hoforganismus weiterdrehen, bremsen immer wieder neue Probleme den Kreislauf. Kaum waren nach dem Brand die hauseigenen Schlachträume für Geflügel neu errichtet, meldete der Partnerbetrieb für die Schweineschlachtung für Ende Januar die Schließung an. Und wieder war ein Kraftakt vonnöten, die Prozesse am Laufen zu halten. Zudem stellt sich langsam auch die Frage, wie lange denn noch Vater Peters den Hof halten kann. Seine besten Jahre fühlt er gehen. Er macht sich nun Sorgen, ob sich denn eine gute Nachfolge findet.

Bei den mittlerweile unanständig überzogenen Bodenpreisen ist diese Frage sehr berechtigt. Nicht umsonst geben jedes Jahr in Deutschland reihenweise kleinere Landwirtschaftsbetriebe auf, da sie entweder die Finanzierung der betrieblichen Anlagen nicht mehr stemmen oder ihr Personal nicht mehr halten können. Die Agrar-Subventionspolitik belohnt nach wie vor vor allem die Großen der Bran-



Verteilen der Schweine-Einstreu mit dem freiwilligen Helfer Thomas von der Marktschwärmer-Community: (FOTO: H-C PETERS)

che, welche sich vorzugsweise industrieller Produktionsmethoden bedienen.

Doch zurück in den März: Bauer Hans-Christoph's Team bestellt gerade den Boden und ein neuer Zuchteber wurde eingekauft. Die Duroc-Kreuzungen der Schweine als auch das Simmenthaler Fleckvieh haben bereits Nachwuchs – gute Zeichen für 2023. Trotzdem muß der Chef selbst an den Wochenenden ackern, denn es gibt keine ordentliche Vertretung zum Füttern der Tiere. Zwar hilft Mama (70) oft und regelmäßig, aber das ist keine Lösung für die Ewigkeit. Nun wäre es ein kleines greifbares Glück, wenn sich wenigstens Helfer finden, um in Vertretung samstags und sonntags stundenweise einzuspringen. Interesse? Bitte an [job@landwirtpeters.de](mailto:job@landwirtpeters.de) oder Facebook: [ogy.de/ce3d](https://www.facebook.com/ogy.de/ce3d)

THOMAS TOBLER

## Fingerabdruckpflicht

Im großen Sitzungssaal des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg am 14. März: Fünfzehn Richterinnen und Richter in dunkelroten Roben betreten den Raum und eröffnen die Sitzung. Eine so große Besetzung kommt nur in sehr wenigen, besonders wichtigen Fällen zusammen. Es ist eine beeindruckende Kulisse, vor der die Anhörung in unserem Verfahren gegen die Speicherpflicht für Fingerabdrücke in Personalausweisen stattfand. Und für uns ist es ein Höhepunkt auf einem langen Weg: Wir haben uns schon gegen die Fingerabdruckpflicht eingesetzt, bevor sie beschlossen wurde, und immer wieder vor dieser gefährlichen und unverhältnismäßigen Maßnahme gewarnt.

Seit die Fingerabdruckpflicht in Deutschland gilt, bekommen wir fast jeden Tag Anrufe und eMails von Menschen, die sich nicht wie Kriminelle behandeln lassen wollen – nur weil sie einen neuen Ausweis brauchen. Gestärkt von viel Rückhalt und Interesse an diesem Thema, haben wir unsere Klage gegen die Fingerabdruckpflicht eingereicht – und konnten schon nach wenigen Wochen den ersten Erfolg vermelden: Unser Fall wurde direkt an das oberste Gericht der Europäischen Union weitergegeben, den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Dort gab es nun diese Anhörung – und erstmal viel Gegenwind für uns. Die Vertreter von EU-Rat, EU-Kommission, EU-Parlament und der Regierungen von Spanien und Belgien haben drei Stunden lang versucht, die Fingerabdruckpflicht zu verteidigen. Doch die EuGH-Richter haben sie immer wieder ziemlich in die Zange genommen. Unter anderem zu einem heiklen Schlupfloch: Die EU-Verordnung läßt zu, daß die Fingerabdrücke auch für andere Zwecke als die Ausweiserstellung genutzt werden können, wenn ein Gesetz der EU oder des Mitgliedsstaates das vorsieht. Das ist eine weit offen stehende Hintertür zur Zweckentfremdung, die auch einen der Richter irritierte. Er bohrte mehrfach dazu nach, wie das sein könne – eine befriedigende Antwort konnte jedoch niemand liefern. Datenlecks und -mißbrauch lassen sich nie ganz ausschließen. Die einzig sicheren Daten sind die, die gar nicht erst erhoben werden.

Darum wollen wir die Fingerabdruckpflicht für alle kippen! Diese Arbeit kostet Geld – zum Beispiel für Anwaltskosten, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit. Dafür brauchen wir einen langen Atem und finanzielle Sicherheit. Daher bitten wir um Unterstützung, beispielsweise als Fördermitglied oder mit einer Spende ([digitalcourage.de/mitglied](https://digitalcourage.de/mitglied), IBAN: DE37 3702 0500 5459 5459 14 | BIC: BFSWDE33XXX).

Die nächste Station auf unserem Klageweg ist die Veröffentlichung der Schlußanträge der Generalanwältin am 29. Juni 2023. Ein Termin für die Urteilsverkündung steht noch nicht fest. Wir sind gespannt – die Anhörung hat uns optimistisch gestimmt! Das Digitalcourage-Team



## Königliche Kriegsspiele in Finowfurt

Der »ewige Kronprinz« Charles hat es dank des Ablebens seiner Mutter Elisabeth nun endlich geschafft, zum König des einst mächtigen britischen Inselkönigreichs aufzusteigen. In der letzten Märzwoche besuchte er nun erstmals nach seinem Karrieresprung die deutsche Bundesrepublik. Wie das Königsamt hat auch die BRD-Reise des dritten Karls (dem ersten Karl wurde am 30. Januar 1649 während der bürgerlichen Revolution in England der Kopf abgeschlagen, was in der Frühphase bürgerlicher Demokratien durchaus als üblicher Umgang mit Monarchen angesehen wurde) puren symbolischen Charakter, denn politisch haben auch in England Könige nichts mehr zu sagen.

Allerdings ist auch Symbolik politisch und im konkreten Fall martialisch. So durfte beim königlichen Besuch ein Truppenbesuch beim deutsch-britischen Pionierbrückenbataillon 130 nicht fehlen. Dieses Bataillon rückte dafür extra mit amphibischen Brücken- und Übersetzungsfahrzeugen in den einst zum militärfreien Kreis erklärten Barnim ein. Der Kreistagsbeschluss von 1990 war freilich schon im Juni 1999 wieder aufgehoben worden, als die BRD am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

der NATO gegen Jugoslawien teilnahm (BBP 8/1999). King Karl und Pseudo-King Frank-Walter besichtigen also im Beisein des brandenburgischen Regionalfürsten Dietmar bei Finowfurt eine Militär-Paradevorführung. Die hier lebenden Menschen wurden selbstverständlich nicht gefragt, ob sie ein solches militaristisches Brimborium vor ihrer Haustür wollen. »Landesvater« Woidke dürfte hierfür bei seinen »Untertanen« keineswegs nur Sympathien ernten.

Für King Charles ist es indes bloß eine der Belustigungen im Besuchsplan, bevor die Reise ins Ökodorf Brodowin weitergeht. Wie die Mainstreammedien mitteilten, sei der Charles »für sein Engagement für Nachhaltigkeit bekannt«. Ob dies die »nachhaltige Kriegführung« meint, wurde nicht mitgeteilt. Wichtiger war die Meldung, daß die Königsgattin Camilla mit Steinmeiers Ehefrau Elke Büdenbender während des königlichen Brandenburg-Ausflugs lieber in die Komische Oper in Berlin ging.

Die Oper dürfte indes wohl als der am wenigsten komische Bestandteil des Monarchenbesuchs zu betrachten sein.

GERD MARKMANN

## Kloster Chorin bald ohne Träger?

**Chorin (bbp).** Die Gemeindevertretung Chorin hatte Ende Februar beschlossen, daß der Amtsdirektor die Vertragsverhandlungen mit dem Land Brandenburg zur Weiterbewirtschaftung der Klosteranlage sowie der Tagungs- und Veranstaltungsräume durch die Gemeinde Chorin als Träger des Eigenbetriebs zu beenden hat. Eine Einigung mit dem Land für einen Weiterbetrieb durch die Gemeinde konnte auch durch vorherige lange Gespräche nicht erzielt werden. Das Risiko der steigenden Inflation, fehlender und weniger werdender Fördergelder war der Gemeinde, die sich selbst kurz vor dem Haushaltssicherungskonzept befindet, zu groß.

Der Amtsdirektor soll den derzeit zehn Angestellten des Eigenbetriebes kündigen und diesen zum Ablauf des 31.12.2023 auflösen. Das Land hatte zuvor laut Pressemitteilung zwar in Aussicht gestellt, daß es am Geld nicht

scheitern solle, doch wie diese Mittel zukünftig zwischen Land und Kommune fließen und bereitgestellt werden, konnte nicht genau ausgehandelt werden.

Hierzu erklärt Landtagsabgeordneter Péter Vida (BVB/Freie Wähler): »Dies ist kein tragbarer Zustand. Insbesondere mit Blick auf ein solch wichtiges Kulturgut und den dortigen möglichen Verlust von zehn Arbeitsplätzen können wir uns mit dem Verhandlungsergebnis nicht zufriedengeben. Das Land muß sich hier mehr bewegen. Es geht um ein Wahrzeichen der Mark Brandenburg.« Am 23. März machte Vida dies mittels mündlicher Anfrage zum Thema im Landtag. Insbesondere soll sich die Landesregierung dazu äußern, wie sie sich um den Erhalt seiner Liegenschaft in naher Zukunft bemühen wird und ob sich mit dem jetzigen Träger oder einem neuen nicht doch noch eine schnelle Lösung finden läßt.

Zum Antirassismustag 2023:

## Vielschichtiger Rassismus

**Eberswalde (bbp).** Seit dem 21. März ist die **Chronik 2022 von SOS Rassismus Barnim online geschaltet** ([sos-rassismus-barnim.de/chronik/2022](https://sos-rassismus-barnim.de/chronik/2022)).

Seit 2015 dokumentieren Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und anderer Bündnisse rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim. Vieles wird erst später bekannt, manche Ereignisse müssen umfangreich recherchiert werden. Daher erscheint die Chronik der Initiative »SOS Rassismus Barnim« erst im Folgejahr.

Die Chronik kann nur einen Teil des Phänomens abbilden, denn die meisten Vorfälle werden der Initiative nicht bekannt. Etliche Betroffene möchten aus verschiedenen Gründen nicht, daß ihr »Fall« öffentlich oder noch öffentlicher wird. Das wird natürlich respektiert, dennoch trage die Recherche dazu bei, so die Initiative, den häufigen Beschwichtigungen und Relativierungen des Problems entgegen zu setzen.

»Seit den rechten Terrorangriffen in Halle und Hanau und seit dem Tod von George Floyd wurde mehr über Rassismus und seine Ursachen gesprochen. Strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung im Alltag sowie die Ge-

fahren durch rechte Hetze und Gewalt werden deutlicher, wenn hingeschaut wird«, sagt Augusto Jone Munjunga, Vorsitzender von Palanca e.V. Seit der Eskalation des Kriegs in der Ukraine sei klar geworden, »daß unsere Bevölkerung und auch die zuständigen Behörden anders als bisher mit geflüchteten Menschen umgehen können: offener, unbürokratischer, humaner«. SOS Rassismus Barnim betont: »Schweigen und Desinteresse bei Diskriminierungen und Benachteiligungen, bei Hetze und Gewalt schützen niemanden, wirken aber wie Zustimmung. Wer rassistische Vorfälle mitteilen oder sich mehr zur Überwindung von Rassismus engagieren möchte, melde sich gern bei uns.« Für die Recherche rassistischer und rechtsextremer Vorfälle im Barnim auch vor 2015 sucht die Initiative Hinweise, Material und kurze Berichte. Auch Menschen, die sich gelegentlich bei einem »Tag zur Verschriftlichung« einbringen, sind willkommen (Kontakt per eMail: [rassismus.barnim@gmail.com](mailto:rassismus.barnim@gmail.com), Telefon mit AB: 03334/3822563, Palanca e.V., Coppistraße 1, 16227 Eberswalde).

## Mit dem Rad gen Osten

*Anradeln durch die Barnimer Feldmark*

Der Petershagener Dorfanger ist am 23. April das Ziel einer ganzen Reihe von geführten Radtouren zum Sattelfest der S5-Region. Auch der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. beteiligt sich mit zwei Zubringertouren an der Sternfahrt. Diese führen quer durch die frühlinghafte Landschaft des Regionalparks, vorbei am Schloßgut und der historischen Altstadt Altlandsbergs bis hin zum Treffpunkt aller Routen in der Gemeinde Petershagen/Eggersdorf. Start ist um 9 Uhr am S-Bahnhof Ahrensfelde sowie um 9.30 Uhr am Berliner Platz in Blumberg. Die Ankunft auf dem Sattelfest ist für 11.20 Uhr geplant. Dort erwartet die Teilnehmenden ein breites kulinarisches Angebot aus der Region und ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm.

»Mit gemütlichem Tempo und einer kleinen Verschnaufpause auf dem Schloßgut Altlandsberg werden wir die etwa 20 Kilometer überwiegend auf Radwegen und verkehrsarmen Straßen zurücklegen. Auch Familien sind herzlich willkommen!«, läßt Manfred Geske, Mitglied des Regionalparkvereins und Leiter der Tour vom S-Bahnhof Ahrensfelde, ein. »Der Zubringer aus Blumberg trifft sich in Trappenfelde mit den Startenden aus Ahrensfelde. Gemeinsam geht es dann, begleitet – für alle Fälle – von un-

serem Pannenfahrrad, unter anderem über den nagelneuen Radweg zwischen Altlandsberg und Fredersdorf bis nach Petershagen«, ergänzt Torsten Jeran, Vorsitzender des Vereins und Leiter der Tour ab Blumberg.

Interessierte können in Eiche am Gemeindehaus (9.20 Uhr), in Mehrow an der Freiwilligen Feuerwehr (9.30 Uhr) und in Altlandsberg am Schloßgut (10.40 Uhr) zu der Tour dazustoßen. Eine gemeinsame Rückfahrt mit dem Fahrrad ist für 15 Uhr geplant. Möglich ist die Rückfahrt auch mit der S-Bahn vom S-Bahnhof Fredersdorf. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Die Teilnahme an der Radtour ist kostenfrei und erfolgt auf eigene Gefahr. Fahrräder können nicht gestellt werden.

DAVID SUMSER



FOTO: LENNY RECHLIN

## 1.Mai – brauchen wir nicht Geänderter Wertekanon

Nach Meinung einiger beflissener Finanzexperten sollen wir alle mehr arbeiten für die Aufrüstung der Bundeswehr. Wenn alle mehr arbeiten, kalkuliert der Staat Mehreinnahmen aus Steuern, die in Aufrüstung fließen können.

Wie macht man das? Einfach Feiertage abschaffen. Da werden Träume eines jeden Monopolkonzerns wahr, wenn zum Beispiel der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse wegfällt. Im neuen Waffenbruderstaat Ukraine legte die Regierung am 13. Februar in der Rada einen Gesetzentwurf vor, nach dem die folgenden Feiertage abzusagen sind: 8. März – Internationaler Frauentag, 1. Mai – Tag der Arbeit und 9. Mai – Tag des Sieges.

Stattdessen werden ersatzweise andere Gedenktage vorgeschlagen, wie der 25. Februar – Tag der Ukrainerin (am Geburtstag von Lesya Ukrainka), 9. März – Schewtschenko-Tag (zum Geburtstag von Taras Schewtschenko) und in der zweiten Maiwoche der Muttertag. Den Muttertag als staatlich verordneten Tag gab's hierzulande zuletzt im Dritten Reich.

Doch zurück zum Thema. Unternehmen können allein mit dem Wegfall des 1. Mai einen Tag extra Gewinn machen, sofern das Volk auch arbeiten geht, und der Fiskus darf mehr Steuergeld für Rüstung ausgeben. Das gilt prinzipiell auch in der BRD, denn hier sind bereits ähnliche Begehren geweckt. Nachdem die Bundestagsabgeordneten im Überschwang der 2022er Frühlings-Friedensgefühle den 100 Milliarden Euro für eine Sonderaufrüstung zustimmten, stellt sich nun heraus, daß von dem Sondervermögen vorzugsweise Angriffswaffen wie Atombomber und Killer-Drohnen gekauft werden sollen. Dieses Ausgabenpaket bewirkt gar keine Verbesserung für die Wehrfähigkeit deutscher Soldaten. Bei dem Import für teure Technik können sich lediglich ausländische Waffenhersteller ordentlich was in die Tasche stecken. Das ist natürlich ein grandioser Coup. Denn so lassen sich zur Ukraine hin geleerte Waffenarsenale wieder auffüllen und das sogar noch modernisiert.

Darüber hinaus dürfen verarmte Munitionsfabrikanten hoffen, daß der Staat ihnen im Rahmen einer Friedens-Förderhilfe neue Fabriken bezahlt, für die anschließend der Staat die dort produzierte Munition abnimmt, um sie in Bidens Auftrag an die Ukraine weiterzuverschenken. Man hörte dazu von neuen Gewerbe- und Industrieansiedlungen in der Uckermark oder in der Lausitz. Wer weiß, vielleicht findet sich ja noch eine gewinnträchtige Lösung für das zwangsweise stillgelegte PCK oder eine von den vielen durch Tagebau naturbepflanzten Regionen in der Niederlausitz.

## Kindern schwimmen lehren

Kürzlich trafen sich die Mitglieder des NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. zu ihrer Mitgliederversammlung. Dort wurden die bisherigen Erfolge ausgewertet und neue Ziele abgestimmt. Aktuell sind 150 Mitglieder dabei, die meisten Kinder. Das kommt nicht von ungefähr. Der Verein hat sein Spektrum erheblich erweitert. Seit geraumer Zeit unterstützt der Verein besonders benachteiligte Menschen, wie Alleinerziehende mit Kindern, wobei viele einen Migrationshintergrund oder Behinderungen haben. Montag bis Freitag ist am Vormittag immer Bürozeit. Dort werden Fragen mit Behörden geklärt, Anträge gestellt, Unterstützung beim Medizinischen Dienst für Pflegefragen gegeben und die Zusammenarbeit mit den Behörden gepflegt, um das Optimum für die Kinder zu erreichen.

An den Nachmittagen und am Wochenende sind wir vorwiegend für die Kinder in Form von praktischer Arbeit da. Wir nehmen uns Zeit für die Kinder, hören ihnen zu, unternehmen viel zusammen. Es wird an verschiedene Seen gefahren oder in Schwimmbäder. Es ist uns ein besonderes Anliegen, den Kindern das Wasser näher zu bringen und ihnen zu ermöglichen, das Schwimmen zu erlernen.

Damit sind sie zumindest am Wasser künftig viel sicherer unterwegs. Wir besprechen Konflikte untereinander und Fragen des Glaubens, die sich durch die Unterschiedlichkeit der Kinder stellen. Wobei sie schnell merken, wie ähnlich sich doch alle sind.

Allein 2022 haben wir mehrere Kinderfreizeiten durchgeführt. So waren wir mit verschiedenen Gruppen zweimal an der Ostsee, im Elbsandsteingebirge und zweimal im NaturFreundeHaus in Wilthen.

Außer schwimmen, lernen die Kinder aber auch vieles andere mit uns gemeinsam. Wie kocht man ein gesundes Mittagessen, welche Pflanzen kann man essen, welche Arten gibt es um uns herum. Wie sieht es in einem Bergwerk aus, welche Gesteine gibt es... Die Fragen der Kinder sind zum Glück unerschöpflich.

Als fester Termin zum Schwimmenlernen ist jeder Freitagnachmittag fest eingeplant. Es geht dann immer in die Therme nach Templin. Wer Informationen benötigt, wende sich an uns unter 03344-333200 oder schau auf unsere Internetseite ([www.berg-frei.de](http://www.berg-frei.de)).

BERND MÜLLER

## Rentensprechstunde

**Eberswalde.** Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 12.4., 10-12 Uhr.

**Biesenthal.** Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 12.4., 13-15 Uhr.

**Bernau.** Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 19.4., 10-15 Uhr.

**Nur mit Anmeldung** bei Frau Nikitenko unter 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

## Barrierefreiheit am Bahnhof verbessern

**Das Fahrgastaufkommen am Eberswalder Hauptbahnhof nimmt stetig zu. Durch den Zuzug nach Eberswalde und ins Umland und der erfreulichen Steigerung der Nutzung der Bahn ist der heutige Eberswalder Hauptbahnhof den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Eine bessere Anbindung beider Fernbahnsteige durch einen zusätzlichen Aufgang zur Eisenbahnbrücke würde die jetzige Situation deutlich entlasten.**

Frühmorgens oder am Nachmittag ist die Situation auf den jetzigen Treppen und im schmalen Zugangstunnel nicht mehr tragbar, eine Nutzung in beiden Richtungen nahezu unmöglich. Dies ist ein Zustand, der nicht nur für einige Minuten anhält, sondern auch sicherheitstechnisch Probleme aufwirft. Mütter mit Kinderwagen, Nutzer mit Fahrrädern, Nutzer mit Koffern und anderem sind hier stark benachteiligt. Häufig ist sogar das Verpassen von Zügen das Ergebnis.

Wiederholt war zu erfahren, daß der Fahrstuhl am Bahnsteig 1 außer Betrieb war. Damit war eine Nutzung fast aller Züge ab Eberswalde durch Menschen mit Bewegungseinschränkungen nahezu unmöglich. Diese mußten teils mit dem Auto oder Taxi auf Britz ausweichen. Ein Zustand, der ebenfalls nicht für ein Mittelzentrum und eine mehr als



FOTO: SVEN WELTER

40.000 Einwohner große Stadt akzeptabel ist. Wir schlagen deshalb vor, zu prüfen, ob der Bau von zusätzlichen Zugängen zu den Bahnsteigen möglich ist, um diese mißlichen Situationen in Zukunft zu vermeiden und eine Alternative für Nutzer, welche zwingend auf den Fahrstuhl angewiesen sind, zu schaffen.

Dafür bieten sich Zugänge von der Brücke über die Bahnanlagen an. Hier könnten mit überschaubarem Aufwand sowohl ein neuer Zugang per Treppe als auch neue Aufzüge geschaffen werden.

OSKAR DIETTERLE

Amt für Kita und Schule sieht »keine Verpflichtung«

## Nachhilfe fürs Schwimmen

Geld für ausgefallenen Schwimmunterricht anderweitig ausgeben

**Eberswalde (bbp).** Im Eberswalder Stadthaushalt sind Mittel für den Schwimmunterricht der 3. Klassen an den städtischen Grundschulen eingeplant. Im Schuljahr 2021/22 blieb jedoch die Schwimmhalle lange geschlossen und der Schwimmunterricht fiel aus. Die Folge ist, daß eine ganze Jahrgangsstufe Eberswalder Kinder nicht schwimmen kann.

Inzwischen hat die Schwimmhalle wieder geöffnet. Doch ein Nachholen des Schwimmunterrichts ist nicht möglich. Eine Verpflichtung für das Amt für Kitas und Schulen gebe es nicht, heißt es von dort. Somit konnten die Gelder, die dafür eingeplant waren, auch einfach anders genutzt werden. Das Amt machte davon Gebrauch, so daß das Geld bis zum Jahresende 2022 ausgegeben wurde. Die Kinder der nun 4. Klassen haben somit keine Möglichkeit, den Schwimmunterricht nachholen zu können.

In der Grundschule Schwärzensee versucht man nun, dennoch eine Lösung für die Kinder zu finden. Daher beantragte die Schulleiterin Anke Billing entsprechende Mittel aus dem Programm »Sozialer Zusammenhang - In-

vestitionen im Quartier«. Insgesamt 30 Kindern 4. Klassen soll so in den Osterferien die Teilnahme an einem Schwimmkurs ermöglicht werden.

Der Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel sprach sich für diese Förderung aus, hielt sich allerdings mit seiner Kritik an dem erneuten Mißbrauch des Förderprogramms für die Erfüllung von städtischen oder staatlichen Aufgaben nicht zurück. Es mag sein, so mehrere Sprecherratsmitglieder, daß es formalrechtlich »keine Verpflichtung« der Verwaltung gebe, sich um einen Ersatz für den ausgefallenen Schwimmunterricht zu kümmern. Sie zeigten sich dennoch fassungslos angesichts der »skandalösen Verantwortungslosigkeit«, diese Gelder einfach für andere Zwecke auszugeben, statt alles zu versuchen, solche einschneidenden Ausfälle möglichst auszugleichen.

Inwieweit die anderen Grundschulen über Möglichkeiten verfügen, neue Mittel für den Schwimmunterricht des benachteiligten Schülerjahrgangs aufzutreiben, ist nicht bekannt.

## Tinyhäuser in Eberswalde?

**Eberswalde (bbp).** »Tiny« kommt aus dem Englischen und heißt soviel wie »winzig klein«. Das neue Modewort wird für kleine Wälder genutzt und eben auch für kleine oder winzige Häuser. Solche *Tinyhäuser* waren in früheren Zeiten der Standard für die arbeitende Bevölkerung. Man nannte solche kleinen Häuser damals auch Katen.

Noch in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts galten die Siedlungshäuser in der Clara-Zetkin-Siedlung oder in Ostende als groß und komfortabel. Später wurde dort überall fleißig angebaut und erweitert.

Inzwischen werden die Bauflächen knapp und die Baupreise für viele unbezahlbar. Eine Anpassung der Bedürfnisse an den Geldbeutel ist angesagt. Zudem steigt infolge der gesellschaftlichen Entwicklungen im Spätkapitalismus die Zahl der Single-Haushalte, die weniger Platz benötigen. Der allgegenwärtige Klimawandel erhöht ebenfalls den Druck, ökologisch verträglichere Wohnformen zu finden. Alternative Wohnformen ermöglichen ein kostengünstigeres und ressourcenschonenderes Zusammenleben und können den Mangel an bezahlbaren Wohnungen mindern.

Vor diesem Hintergrund hatten die Eberswalder Stadtfraktionen von SPD|BFE und DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, Baugebiete sowohl für bewegliche als auch für stationäre Tinyhäuser (10 qm bis 30 qm) zu benennen. Bei dieser Wohnform wird mit 10 bis 30 Quadratmetern eine deutlich kleinere Nettogrundfläche benötigt als bei konventionellen Einfamilienhäusern.

Ganz nebenbei führt der geringere Flächenverbrauch zu einer geringeren Bodenversiegelung. Tinyhäuser würden auch mehr und

jüngeren Menschen den Zugang zu Wohneigentum ermöglichen und gemeinschaftliches Wohnen fördern.

Die Einreicher verwiesen auch darauf, daß sich im Bürgergutachten des ZukunftsRats Eberswalde im Themenfeld »Städtebau und Klima« der Hinweis findet, mit Leuchtturmprojekten für überregionale Strahlkraft zu sorgen, indem andere, neue, innovative Arten der Bebauung erwogen werden. Laut dem Themenfeld »Wohnen und Wachstum« soll sich die Stadt dafür einsetzen, daß bezahlbarer Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen über das gesamte Stadtgebiet verteilt angeboten wird. Es sollen Wohnungszuschnitte entwickelt werden, die sich für Projekte gemeinschaftlichen Lebens eignen. Mit der Einrichtung von Sonderbauflächen für Tiny Häuser könne dies erreicht werden.

In der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar, in der die Entscheidung über die Tiny-Haus-Beschlußvorlage auf der Tagesordnung stand, gab es allerdings starken Gegenwind. Eine Sonderbaufläche sei nicht nötig, weil ja schon jetzt auf jeder Baufläche die Bauherren selber entscheiden könnten, wie groß das dort errichtete Haus sein soll. Um dem verbundenen Vorschlag zum »Wohnen auf dem Wasser« (BBP 3/2023) nicht das Wasser abzugraben, zogen die Einreicher ihren Vorschlag zu Tinyhäusern zunächst zurück.

Grundstücksverkauf Danckelmannstraße:

## Aus Fehlentscheidung lernen!

**Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen. Der wertvolle alte Baumbestand auf dem Grundstück in der Danckelmannstraße gegenüber der Einmündung der Hardenbergstraße ist abgeholzt und die historische Durchwegung mit alter Steintreppe zur Luther-Eiche oberhalb der Schillertreppe ist Geschichte.**

Schuld daran trägt einzig die Stadtpolitik\*. Im Jahr 2010 sprach sich leider nur unsere Fraktion massiv gegen den Verkauf des Grundstücks als Bauland aus. Aus diesem Fehler sollten wir lernen. Nicht jedes Bauvorhaben ist von vornherein positiv für die Stadtentwicklung und nicht jedes Grundstück sollte bebaut werden.

Das Grundstück in der Danckelmannstraße war von den Stadtvätern bewußt von Bebauung freigehalten worden. Es diente seit mehr als 100 Jahren dem Zugang zum Luther- oder »Alten Turnplatz« und war quasi Bestandteil des Parks. Bis heute bot es eine wichtige und gern genutzte fußläufige Wegeverbindung vom Drachenkopf über die Georg-Herwegh-, Hardenberg- und Danckelmannstraße in den

Park. Vor dem Verkauf war es auch Teil des Stadtrundwegs.

Wichtige Funktionen von Flächen für den Klima- und Artenschutz, Nutzungsgewohnheiten der Einwohner, Wegeverbindungen für Fußgänger und Radler u.ä. sollten zukünftig genauer betrachtet und abgewogen werden, bevor Grundstücke privatisiert werden. Allein um den alten Baumbestand ist es jammer-schade. Mit etwas gutem Willen hätten trotz geplanter Bebauung sicher zumindest ein oder zwei der großen alten Bäume erhalten werden können. Die Ausführungen des Bauherren dazu kann man nur als zynisch betrachten.

KAREN OEHLER

\* Stadtpolitik = Stadtverordnetenversammlung

## Defibrillatoren in Bernau

Die Bernauer Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler schlägt die flächendeckende Installation von Defibrillatoren in Bernau vor. In allen städtischen Einrichtungen sowie Plätzen mit größeren Menschenansammlungen sollen automatisierte externe Defibrillatoren (AED) angebracht werden.

Allein in der BRD sterben jedes Jahr über 100.000 Menschen am plötzlichen Herztod, häufig auch in öffentlichen Bereichen von Städten und Gemeinden. Deshalb ist es (lebens)wichtig, daß AEDs in der Öffentlichkeit möglichst flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Deutsche Herzstiftung empfiehlt, einen Schockgeber dort zu installieren, wo sich viele Personen an einem Platz befinden.

Jede verlorene Minute kostet dem Betroffenen ganze zehn Prozent seiner Chance zu überleben. Ist ein Defibrillator in der Nähe, kann sofort mit der Wiederbelebung begonnen werden. Daher: Lieber einen Defibrillator anschaffen und hoffen, daß man ihn nie verwenden muß, als im Nachhinein festzustellen, daß man ihn gebraucht hätte.

An einigen Stellen in der Stadt sind Defibrillatoren bereits angebracht. Doch sind diese in manchen Fällen nicht allgemein bekannt, und an vielen Stellen fehlen sie ganz. Unser Ziel ist es, unsere Stadt herzsicher zu machen, um so ein noch sichereres Umfeld für die Bürger schaffen zu können. Außerdem sollten Hinweisschilder errichtet werden, die über den Standort des nächstgelegenen AED informieren. Auch die Ortsteilzentren sollen hier miteinbezogen werden.

JANEK LADDEY, Stellv. Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler Bernau

Kommunales Kino:

## Thriller im Heidekrug

Am Freitag, dem 31. März, läuft um 19.30 Uhr im Heidekrug in Joachimsthal »Schweigend steht der Wald«, ein packender Thriller über eine Reise in die dunkle Vergangenheit eines Dorfes.

Der Plot: Als Forststudentin verschlägt es Anja Grimm (Henriette Confurius) ausgerechnet in jene entlegene Gegend im Oberpfälzer Wald, wo sie als achtjähriges Mädchen mit ihren Eltern Urlaub gemacht hat und ihr Vater spurlos verschwand. Kurz nach ihrer Ankunft passiert ein brutaler Mord. Schon bald erregt Anja mit ihrem Verdacht, daß der Täter etwas über das Schicksal ihres Vaters weiß, nicht nur bei den Dorfbewohnern Mißtrauen und Feindseligkeit. Selbst die Polizei reagiert sehr reserviert auf ihre Nachforschungen.

Eintritt 6 Euro. Eine Reservierung ist nicht erforderlich.

## Arbeitsrichter siegen erneut

Wie aus der aktuellen Entscheidung des Dienstgerichtshofes beim Oberlandesgericht vom 27. März hervorgeht, hat das Justizministerium auch die zweitinstanzliche Entscheidung in Sachen der Versetzung der beiden Eberswalder Arbeitsrichter an entfernte Standorte verloren. Bereits zu Weihnachten 2022 hatte das Dienstgericht des Landes Brandenburg den Eberswalder Arbeitsrichtern gegen deren Zwangsversetzung Recht gegeben. Maßgeblicher Grund: Die Ministerin hat nicht die Kompetenz, allein zu entscheiden. Sie braucht die Zustimmung des Richterwahlausschusses. Sonst liegt ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung vor.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler hatte damals von der Justizministerin Hoffmann gefordert, die Entscheidung des Gerichts zu akzeptieren und das Verfahren nicht weiterzubetreiben. Diese hat dies ignoriert und die Kläger unnötig in eine weitere Instanz gezwungen. All dies nur, um die von ihr veranlaßte Zwangsversetzung doch noch durchzudrücken. Extrem peinlich fürs Justizministerium: Die Beschwerde zur zweiten Instanz war bereits unzulässig, weil sie nicht in der richtigen Form eingereicht wurde. So etwas ist ein Amateurfehler, der einer obersten Landesbehörde niemals passieren darf. In der Sache selbst weist auch dieses Gericht darauf hin, daß das Ministerium völlig zu Unrecht und entgegen dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes den Richterwahlausschuß übergangen hat. So schreibt das Gericht der Ministerin ins Stammbuch: »Im gewaltenteilenden Rechtsstaat darf sich der Rechtsanwender nicht über den klaren Wortlaut eines Gesetzes hinwegsetzen ...«. Es ist beängstigend, daß es offensichtlich nötig ist, daß ein Gericht der Justizministerin solche Hinweise erteilen muß.

Das rechtsstaatliche Faß ist zum Überlaufen gekommen. Die Justizministerin hat gegen ein Heiligtum des Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, gravierend und vorsätzlich verstoßen. Dies bescheinigt ihr nun auch das zweite Gericht. Hinzu kommt die formelle Peinlichkeit einer nicht formgerecht eingereichten Beschwerde.

Die Ministerin ist nicht mehr tragbar und muß ihren Posten räumen.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt betreibt übrigens Ministerin Hoffmann in einem Parallelverfahren die Amtsenthebung der beiden Arbeitsrichter, um sie auf diesem Wege loszuwerden. Ein weiteres Manöver, das die richterliche Unabhängigkeit in nicht hinnehmbarer Weise untergräbt. Das Gebaren der Ministerin war seit geraumer Zeit ein Trauerspiel. Es ist nunmehr ein unrühmlicher Höhepunkt erreicht, den auch der Ministerpräsident nicht mehr ignorieren kann.

PÉTER VIDA

## Fledermäuse im Lichterfelder Schloßpark

Am 24. März wurde begonnen, mit Unterstützung des Bauhofes der Gemeinde Schorfheide sieben Fledermausnisthilfen vom Verein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. an Bäumen des Schloßparks Lichterfelde anzubringen. Es handelt sich um eine Fledermausgroßraumhöhle und sechs weiteren Kästen für mittelgroße und kleine Fledermausarten.

Unser Vereinsmitglied DR. ANDREAS STEINER hatte die Kästen bei der Unteren Naturschutzbehörde Barnim beantragt und dafür eine Zuwendung erhalten. Die Finanzierung in Höhe von über 600 Euro wurde aus dem Flächenpool des Landkreises finanziert. Anschließend erfolgte die Schenkung an die Gemeinde. Die Aktion wurde von zahlreichen Mitgliedern des Dorfvereins sowie weiteren Bürgern begleitet. Fachliche Unterstützung leistete Herr STELSE von der Unteren Naturschutzbehörde.

Dr. Steiner betont, daß durch das Anbringen der Kästen kein Konfliktpotential zwischen Naturschutz und dem Menschen



FOTO: GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V.

geschaffen wird. Die Festivitäten im Schloßpark führen zu keiner Beeinträchtigung der Lebensweise der Fledermäuse. Weiterhin tritt er entschieden Gerüchten entgegen, daß es durch den Fledermausschutz zu Einschränkungen bei der Planung von Veranstaltungen im Schloßpark komme.

Gemeinsam Lichterfelde e.V.

## Schwärzese, Pandemie und ein Trauerfall

Zu Beginn der Märzsitzung der Stadtverordneten von Eberswalde sprach HELMUTH ADAMS aus Finow im Rahmen der Einwohnerfragestunde zum Thema der Parkplatzsperrung am Schwärzese vor zwei Jahren. Die Finower Bürger wurden damals nicht ausreichend einbezogen. Für Rentner, Familien mit Kindern wie für Behinderte sei der weite Weg vom Ausweichparkplatz an der Biesenthaler Straße bis zum See nicht zumutbar. Daher forderte er vom Bürgermeister der Stadt mehr Einsatz für die Belange der Bürger. GÖTZ HERRMANN antwortete, daß seine Möglichkeiten in dieser Sache leider begrenzt seien, weil die Stadt nicht über Flächen in Privateigentum bestimmen könne. Das sei auch gut so. Eigentümer ist der Landesforst. Auch sieht der Bürgermeister noch nicht, daß diese Frage ein Anliegen einer breiten Front von Einwohnern sei. Er würde sich gerne eines besseren belehren lassen und führt überdies noch Gespräche mit den Verantwortlichen der Forstverwaltung.

Die zweite Einwohnerin, HENRIETTE SCHUBERT, vor einem Jahr angetreten als Bürgermeisterkandidatin für »Die Basis«, wollte vom Bürgermeister wissen, warum er nicht an den Runden Tischen zur Aufarbeitung der Fehler in der Pandemie teilgenommen habe, insbesondere zum Impfwang und den Impfschäden und zweitens erwartet die Vortragende eine Antwort des Bürgermeisters auf ein vorgelegtes Schreiben, wonach in einer neuen europäischen Gesundheitsrichtlinie der Pausus der »Einhaltung der Menschenwürde« gestrichen worden ist. Das sei ein Skandal, so Henriette Schubert. Bürgermeister Herrmann versprach eine schriftliche Antwort.

Danach gab es »Informationen aus der Stadtverwaltung«, die sich beim Bürgermeister im Prinzip auf die Aufzählung von vergangenen und zukünftigen Terminen beschränkte, von denen der Frühjahrsputz am 1. April, der Bürgerempfang am 22. April im Märkischen Park sowie das kommende Zoofest erwähnenswert sind. Außerdem kündigte das Stadtoberhaupt an, daß die nächsten Sitzungen wieder im Paul-Wunderlich-Haus stattfinden.

Baudezernentin ANNE FELLNER informierte über aktuelle Bauvorhaben, wie das Wohngebiet am Christel-Brauns-Weg in Finow (ehemalige Sowjetliegenschaft) und den Bau der Fahrradstraße im Schellengrund in Ostende. Außerdem fand sie Worte des Dankes und der Trauer zum Ableben der ehemaligen Sozialdezernentin des Landkreises SILVIA ULONSKA, die vor einiger Zeit einer schweren Krankheit erlegen ist. Die Stadtverwaltung nahm an der Trauerfeier teil. PROF. JAN KÖNIG informierte über die Krankheitslage in der KITA »Nesthäkchen« in Finow. Verwaltungsdezernent MAIK BEHRENDT antwortete auf eine Nachfrage des Stadtverordneten CARSTEN ZINN an den Bürgermeister, daß der Zoobeirat wie auch der Forstbehörde keine Beiräte laut Kommunalverfassung sind. Zum Schwärzese ist noch anzufügen, daß Zinn den ernstgemeinten Hinweis gab, daß sich doch der Landesumweltminister Vogel, der zudem Eberswalder sei, seine pandemiebedingte Entschuldigung zur Bürgerrunde mit rbb-Robur wieder gutmachen könnte und den Finower Bürgern in der Causa Rede und Antwort stehen sollte, als quasi oberster Eigentümer des Schwärzesees.

J.G.

## Das Urteil wird verheerende Folgen haben

**Der nachfolgende Leserbeitrag bezieht sich auf den Beitrag »Spagat zwischen Mast und Fischadler« in der Wochenendausgabe 11./12. März der lokalen Tageszeitung.**

Der Bericht von Sabine Rakitin, der sich weitgehend auf die Selbstdarstellung der Betreiberfirma »50Hertz« stützt, bedarf einiger Ergänzungen. Zunächst ist festzuhalten, daß das »vollständige Baurecht«, das »50Hertz« erstritten hat, auf einem skandalösen Fehlurteil des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts basiert. Das Urteil vom 5.7.2022 ist weder fachlich noch juristisch nachvollziehbar. Es ist allenfalls als Panikreaktion auf die veränderte politische Großwetterlage (Putins Krieg gegen die Ukraine und die befürchtete Energiekrise) erklärbar. Mit dem Abgang des im ersten Verfahren berichterstattenden Richters Helmut Petz im Jahr 2020 war dem neu zusammengesetzten 4. Senat der Sachverstand abhandengekommen, was bei der Lektüre der schriftlichen Urteilsbegründung sofort auffällt. Unverhohlen wird hier der Klägerseite mit Mißgunst begegnet (Vgl. »Rechtsstaatlich sehr fragwürdig«, BBP 2/2023).

Dieses Urteil wird für die Vogelwelt im Biosphärenreservat und im Randow-Welse-Bruch verheerende Folgen haben. Wenn die Leitung steht, wird man das beim Herbst- und Frühjahrzug sehen können, denn die Freileitung durchschneidet den Nordosten Brandenburgs, das Gebiet mit dem hochwertigsten Vogelaufkommen in Deutschland, worauf unsere Experten immer wieder hingewiesen haben. Hier leben viele gefährdete Arten, nicht nur Fischadler, deren Lebensbedingungen durch die 380kV-Freileitung erheblich beeinträchtigt werden, was sowohl der Netzbetreiber als auch die Genehmigungsbehörde in dem lang andauernden Konflikt am Ende einräumen mußten, denn für die beiden europäischen Vogelschutzgebiete Schorfheide-Chorin und Randow-Welse-Bruch wurde von »50Hertz« für die 380kV-Freileitung jeweils eine Abweichungsprüfung nach § 34 Abs. 3 des

Bundesnaturschutzgesetzes beantragt und vom Landesbergamt genehmigt.

Zum besseren Verständnis zitiere ich die entsprechende Gesetzespassage: »(2) Ergibt die Prüfung der Verträglichkeit, daß das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann, ist es unzulässig.

(3) Abweichend von Absatz 2 darf ein Projekt nur zugelassen oder durchgeführt werden, soweit es

1. aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist und

2. zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind.«

Im Klartext bedeutet das, daß die Errichtung der Leitung eigentlich unzulässig ist, aber weil der Gesetzgeber das öffentliche Interesse an der Errichtung der Leitung erklärt (EnLAG) und das LBGR eine teilweise Erdverkabelung nicht als Alternative in Betracht gezogen hat, konnte eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Das verschweigt »50Hertz« in seiner Öffentlichkeitsarbeit mit bemerkenswerter Beharrlichkeit. Die Presse sollte hier nicht mitspielen, sondern objektiv informieren.

Der »Spagat zwischen Mast und Fischadler« wird nicht gelingen, der Fischadler, so ist zu befürchten, wird dabei aus dem Horst gestoßen werden. Die Bürgerinitiative hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Aufnahme des Leitungsbauvorhabens Bertikow-Neuenhagen in das EnLAG ein »Akt fahrlässiger Gesetzgebung« war, denn als der Gesetzentwurf beraten wurde, war das Ergebnis des Raum-

ordnungsverfahrens bereits bekannt, in dem die Leitung nur als »bedingt genehmigungsfähig« bezeichnet wurde. Der ahnungslose Gesetzgeber machte daraus ein »beschleunigt zu realisieren«. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat die Verfassungskonformität des EnLAG als »zweifelhaft« bezeichnet.

Leider ist es uns nicht gelungen, die Landesregierung zu einem Normenkontrollverfahren zu bewegen. Die beiden Oppositionsparteien Grüne und Linke waren damals im Bundestag zu schwach (weniger als 25 % der Zahl der Abgeordneten), um das EnLAG vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.

»50Hertz« wird nicht müde, die lange Dauer des Genehmigungsverfahrens zu beklagen. Diese lange Dauer des Konflikts hat sich die Firma selbst zuzuschreiben, denn es war offenkundig, daß das Vorhaben, in diesem sensiblen Gebiet eine 380kV-Freileitung zu errichten, mit dem Naturschutzgesetz kollidieren mußte. Natürlich schielte man einerseits auf den § 34.3 des BNatSchG, während man andererseits etwas schlampig plante, so daß immer wieder Korrekturen an der Planung und neue Beteiligungsverfahren notwendig wurden. Darüber hinaus zeigte sich das Unternehmen im Konflikt als wenig flexibel, so daß 2015 eine vom Bundesverwaltungsgericht moderierte außergerichtliche Einigung scheiterte. Jeder unvoreingenommene Betrachter wird zugeben, daß die beiden Baustopps, die durch den Protest gegen das Vorhaben und die Klage erwirkt wurden, vom Bundesverwaltungsgericht nicht leichtfertig verhängt wurden. Sie waren so gut begründet, daß das Gericht ihnen stattgeben mußte.

Der Eindruck, der Protest gegen diese Freileitung sei unnötig und letztlich erfolglos geblieben, täuscht über die Tatsache hinweg, daß viele naturschutzfachliche Auflagen und auch Ausgleichsmaßnahmen erst durch unser Engagement ausgelöst wurden. Während der Rechtsstreit mit dem skandalösen Fehlurteil vom 5.7.2022 beendet wurde, tut sich durch die unsensible Art der Durchführung der Baumaßnahmen ein neues Konfliktfeld auf, das die kommunalen Verwaltungen herausfordert. Nicht überall hat die Bauleitung so sensibel auf die begründeten Befürchtungen der Einwohner reagiert wie in Landin.

In Senftenhütte, einem Ortsteil von Chorin, insistiert die Firma bspw. auf der Ortsdurchfahrt, obwohl die Verwaltung auf zwei alternative Zuwegungen hingewiesen hat. Über 100 Einwohner haben ihre Besorgnis wegen der Überlastung der Dorfstraße durch Schwerlasttransporte mit ihrer Unterschrift unter einen entsprechenden Appell zum Ausdruck gebracht. Die Firma hat das nicht beeindruckt.

HARTMUT LINDNER, Bürgerinitiative:  
Biosphäre unter Strom - keine Freileitung  
durchs Reservat! ([www.trassenfrei.info](http://www.trassenfrei.info)) | 7

## Eliten-Luxus-Volksentscheid scheitert am Volk

BVB/Freie Wähler begrüßen das Ergebnis des Berliner Klima-Volksentscheides vom 26. März. Das Quorum wurde durch die wirtschafts- und wohlstandsfeindliche »Klima-Initiative« deutlich verfehlt. Lediglich 18 Prozent der Wahlberechtigten stimmten mit Ja.

Das ist ein gutes Signal für Berlin und für Brandenburg. Während die Initiatoren über eine Million Euro in eine breit angelegte Kampagne gepumpt haben und dabei zielgerichtet von Lobbygruppen finanziert wurden, scheiterten sie doch an der Rationalität und Umsichtigkeit der Berliner. Die Abstimmung war von Anfang an ein Eliten-Luxus-Projekt einiger Interessensgruppen. Die große Mehrheit ging gar nicht erst hin oder stimmte mit Nein.

Die Bürger wollen keinen ideologisierten vorgeblichen Klimaschutz, sondern echten Naturschutz, der Hand in Hand mit Wirtschaft und Erhalt bzw. Ausbau des Wohlstandes geht. Das Ergebnis ist auch ein Fingerzeig nach Brandenburg, daß derartige Prestigeprojekte nicht gewollt sind. Eine umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung samt Wirtschaftspolitik, die allen zugutekommt, ist der richtige Weg. Die Menschen haben durchschaut, daß es nicht ums Gemeinwohl, sondern lediglich um politisch angeheizte Einzelinteressen von Lobbygruppen ging. So was wird auch in Brandenburg keinen Erfolg haben.

PÉTER VIDA

Dokumentiert:

## »Gar keine Anzeichen«

Die Redaktion des Youtube-Kanals der Bundeswehr hat am 28. Februar den scheidenden Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn interviewt (»Nachgefragt: Höchster Bundeswehr-General zum Krieg in der Ukraine«, youtube.com/watch?v=U5pK2hOdouM). Der General spricht hier einige Wahrheiten aus, die sonst nur selten so deutlich im Zusammenhang benannt werden.

**Zunächst stellt der Generalinspekteur dar, was die Bundeswehr nach dem 24. Februar 2022 so alles geleistet hat:**

*Wir haben im Kontext der NATO unmittelbar unsere Kräfte in Litauen mit Landstreitkräften verstärkt. Wir haben mit der Luftwaffe sehr schnell das Air Policing, also den Schutz des Luftraumes über weiteren Ländern sichergestellt, also über Rumänien, über Polen, zusätzlich zu dem, was wir im Baltikum geleistet haben. Wir haben darüber hinaus Patriot-Stafeln in die Slowakei verlegt und Ozelot-Elemente (leichtes Luftabwehrsystem – bbp) in Richtung Litauen. Wir haben hier also ungeheuer viele Kräfte sofort bewegen können. Die Marine hat in sehr kurzer Zeit 24 Einheiten in die Ostsee verlegen können, um dort sehr schnell Präsenz zu zeigen. Und wir haben die Aufklärungstätigkeit des Kommandobereichs CIR (Cyber- und Informationsraum – bbp) deutlich nach vorne gebracht, um auch eigene Aufklärungsbilder des Ukrainekrieges gewinnen zu können.*

*In der Summe also eine ganz große Präsenz, die wir zunächst einmal vorangetrieben haben.*

*Darüber hinaus hat die Truppe zu Hause ihre Alarmbereitschaftsstufen entsprechend angepasst. Wir haben in Teilbereichen eine Reaktionszeit zwischen drei und sieben Tagen. Weitere Truppenteile halten sich bereit. Und das Übungsgeschehen hier zu Hause hat deutlich zugenommen.*

**Auf die Frage, ob die BRD in den Ukrainekrieg hereingezogen werden könnte, antwortet Zorn:**

*Ich kann definitiv sagen, daß wir zurzeit gar keine Anzeichen haben, daß die russischen Streitkräfte in irgendeiner Form NATO-Territorium oder NATO-Länder angreifen wollen.*

*Es gibt dazu keine Vorbereitungen, die wir erkennen. Was wir unverändert haben, ist natürlich eine latente Bedrohung durch die verschiedenen Raketensysteme, die entlang der osteuropäischen Grenzen\* durch Rußland stationiert sind. Das war schon vor dem Ukraine-Krieg so und das ist unverändert.*

\* Jeder, der über ein wenig mehr an Geographiekenntnissen als die BRD-Außenministerin verfügt, weiß, daß hier von Standorten auf russischem Territorium die Rede ist. Allerdings hat sich die NATO nach 1990 bis an die ehemaligen Grenzen der Sowjetunion und teilweise (Baltikum) darüber hinaus bis an die russischen Grenzen ausgedehnt. Natürlich ist die NATO nur ein Verteidigungsbündnis, wie wir aus den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen etc. wissen.

# Jahrestage dreier Angriffskriege

**Im März jährten sich drei völkerrechtswidrige Überfälle westlicher Mächte auf fremde Staaten, die zahllose Opfer forderten – auch durch Kriegsverbrechen.**

**A**m 24. März war es 24 Jahre her, daß die NATO Jugoslawien überfiel – ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats und damit unter Bruch des Völkerrechts. Begründet wurde der Angriffskrieg mit der Behauptung, im Kosovo drohe eine ethnische Säuberung. Eine glatte Lüge, wie sich später herausstellte.

Der Überfall auf Jugoslawien war der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg seit den Umbrüchen von 1989 bis 1991 und schuf einen Präzedenzfall für spätere Angriffskriege, wie diejenigen gegen den Irak oder gegen Libyen. Die Zahl der zivilen Todesopfer wird auf rund 2.000 geschätzt. Zu den Zielen, die die NATO damals bombardierte, gehörten unter anderem die Botschaft der Volksrepublik China in Jugoslawien sowie das Hauptgebäude des staatlichen Fernsehsenders RTS.

**V**or zwanzig Jahren, in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003, begann mit ersten Luftangriffen der US-geführte Überfall auf den Irak. Es folgte die Invasion mit Bodentruppen. Beteiligt waren neben der US-Army Einheiten aus Großbritannien, Australien und Polen. Der Überfall erfolgte ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und damit unter Bruch des Völkerrechts. Die offiziell vorgebrachte Begründung, der Irak würde über Massenvernichtungswaffen verfügen, war frei erfunden. Tatsächlich ging es darum, eine den

## Corona-General im Aufstieg

Der Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr Generalmajor CARSTEN BREUER ist seit dem 17. März neuer Generalinspekteur der Bundeswehr. Zuvor war Breuer 2021/22 Leiter des Corona-Krisenstabs der Bundesregierung. Hier übte er schonmal die Unterordnung ziviler Behörden unter militärische Kommandostrukturen.

Bereits vor der Einsetzung von Breuer als obersten Bundeswehrgeneral hatte die »Leipziger Volkszeitung« (lt. DLF24) am 8. März die Einrichtung eines Generalstabs zur Erhöhung der Effektivität der Bundeswehr vorgeschlagen. Einmal in die Welt gesetzt, verstetigt und verselbständigt sich so eine Idee üblicherweise, was sicher auch die Absicht ist. Ist das schon ein Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft und zur Umstellung auf die Kriegswirtschaft, wie kürzlich die »Experten« vom Bundeswehrverband gefordert haben?

Wahrscheinlich geriet in Vergessenheit, daß der letzte deutsche Generalstab als verbrecherische Organisation durch die Siegermächte des 2. Weltkrieges aufgelöst, verboten und seine Häuptlinge in Nürnberg ehrlos gehängt wurden. **BERND C. SCHUHMAN**

USA und ihren NATO-Verbündeten mißliebige Regierung durch eine prowestliche zu ersetzen. Ganz offen wurde damals über einen sogenannten »demokratischen Dominoeffekt« diskutiert, wonach der »ersten arabischen Demokratie« im Irak bald weitere Umstürze in Nachbarländern, wie Syrien und Iran folgen würden. Aus den zerfallenden sozialen Strukturen des kriegszerstörten Iraks entstand indes keine »arabische Demokratie«, sondern die Terrormiliz des IS. Die zwanzig Jahre Krieg seit dem völkerrechtswidrigen Überfall forderten Hunderttausende zivile Todesopfer.

**V**or zwölf Jahren, am 19. März 2011, begann der Krieg des Westens gegen Libyen, der mit Angriffen der französischen Luftwaffe startete und schon bald zum NATO-Krieg ausgeweitet wurde. Zu der offiziellen Kriegs begründung, man habe ein Massaker der libyschen Streitkräfte an Zivilisten verhindern wollen, erklärten renommierte Experten später vor einem britischen Parlamentsauschuß, daß ein solches Szenario überaus unwahrscheinlich gewesen sei.

Die tatsächlichen Ziele der französischen Regierung waren, Frankreichs Einfluß in Nordafrika zu vergrößern, stärkeren Zugriff auf die libysche Erdölförderung zu bekommen sowie die Schlagkraft der französischen Streitkräfte zu demonstrieren. Ein UN-Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung wurde zum Sturz der Regierung mißbraucht, also gebrochen.

Der Krieg hat Libyen nicht nur materiell, sondern auch gesellschaftlich weitestgehend zerstört. Noch zwölf Jahre später eskalieren immer wieder die Kämpfe zwischen unterschiedlichen Milizen zum regelrechten Bürgerkrieg. Zwölf Jahre nach dem NATO-Krieg liegt das Land immer noch am Boden.

**D**ie Staats- und Regierungschefs, die die völkerrechtswidrigen Angriffskriege befohlen haben, sind dafür nie zur Verantwortung gezogen worden. Das gilt für US-Präsident George W. Bush, den britischen Premierminister Tony Blair und den polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski (Irak-Krieg 2003) genauso wie für den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (Libyen-Krieg 2011) bzw. Kanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joseph Fischer (Jugoslawien-Krieg 1999).

»Niemand darf im 21. Jahrhundert einen Angriffskrieg führen und dabei straflos bleiben«, erklärte Mitte Januar Außenministerin Annalena Baerbock, die das »natürlich« nicht auf Kriegsverantwortliche aus den westlichen Staaten, sondern einzig und allein und völlig demokratisch ausgewogen auf Rußland bezog.

G.M.

Quelle: german-foreign-policy.com

## Teilnehmerzahlen deutlich zu gering

**An der großen Friedensdemonstration am Brandenburger Tor, zu der im Februar Sahara Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen hatten, sollen laut Polizeiangaben lediglich 13.000 Menschen teilgenommen haben. Die Veranstalterinnen sprachen hingegen von 50.000 Teilnehmern. Aus meiner Sicht sind beide Angaben deutlich zu gering.**

Ich bin Informatiker und habe aus Erfahrung von anderen Demos die Zahl der Polizei sofort angezweifelt. Auch früher waren die Polizeiangaben IMMER deutlich um den Faktor 5 bis 10 zu niedrig. Ich habe schon oft Berechnungen auf Demos durchgeführt.

An dieser Demo in Berlin habe ich selbst teilgenommen. Leider fehlten mir zunächst noch Werte zur genauen Berechnung. Diese habe ich jetzt durch Bilder und durch Angaben von Demoteilnehmern aus Foren.

Laut Postings in Foren und was man auch auf Bildern erkennen kann, standen die Demonstranten bis zur Siegestsäule. Die Entfernung vom Brandenburger Tor bis zur Siegestsäule sind laut Google Maps fast genau 2.000 Meter. Die »Straße des 17. Juni« ist 28 bis 29 Meter breit. Auch das kann man per Google Maps ermitteln. Das ergibt eine Fläche von 56.000 Quadratmetern. Zusätzlich müßte man noch die Flächen hinzuaddieren, die kurz vor der Bühne rechts und links waren, sowie die Demonstranten, die noch auf der anderen Seite des Brandenburger Tors standen. Da kämen noch einige Tausend hinzu, die ich jetzt aber mal weglassen. Meine Zahlen stellen also eher die untere Grenze dar.

Laut Polizei waren nur 13.000 auf der Demo. Das ergibt 56.000 geteilt durch 13.000 gleich 4,3 Quadratmeter für jeden Demonstranten. Demnach hätten die Demonstranten im Abstand von 2,07 Meter (Wurzel aus 4,3) stehen müssen. Wer auf der Demo war, weiß, wie eng man gestanden hat. Für Leute, die nicht auf der Demo waren: Schaut Euch die Bilder an. Legt euch einen Zollstock auf den Boden. Einer stellt sich an den Anfang des Zollstocks und der andere bei 2,07 Meter. Ihr werdet schnell sehen, daß das absolut nicht sein kann. Ich habe zu Hause einen Zollstock

auf den Boden gelegt. Meine Frau mußte sich dann mittig über die 0 stellen und ich habe mich in der Entfernung hingestellt, wie wir auf der Demo standen. Und da komme ich auf 60 bis 70 Zentimeter Abstand.

Das heißt, jeder Demonstrant hat etwa 0,36 (0,6 x 0,6) bis 0,49 Quadratmeter (0,7 x 0,7) Platz beansprucht. Teilt man die 56.000 Quadratmeter durch diese Werte, kommt man auf mindestens 114.285 und maximal 155.555 Demonstranten. Das sind im Mittel 131.764. Also zehnmal mehr als laut Polizeiangabe.

Wer das immer noch nicht glaubt und eine Gruppe von mehr als 10 Personen zusammen bekommt, kann auch mal mit Zollstöcken vier Quadratmeter, also 2x2 Meter, auf dem Boden abstecken. Und dann stellt ihr euch in dem Abstand in diese 4 Quadratmeter, wie ihr auch auf der Demo gestanden habt. Ihr werdet sehen, daß dann etwa 10 Person in diesem Bereich standen und nicht eine, wie uns die Polizei weismachen will.

Bei nur 13.000 Demonstranten hätten die letzten auch nur 200 Meter von der Bühne entfernt gestanden. Das »Denkmal für die Opfer der Mauer« ist 650 Meter von der Bühne weg. Und man kann auf vielen Bildern deutlich sehen, daß dort die Demo noch lange nicht zu Ende war. Bis zu dem Denkmal standen nach meinen Berechnungen bereits 42.000 Menschen. Die Zahl von 13.000 ist eindeutig politisch motiviert und absolut unrealistisch. Aber auch die 50.000 sind viel zu gering geschätzt. Ich frage mich, warum wurden keine Drohnen oder Hubschrauber aufgenommen gedreht oder gezeigt? Damit hätte man die Größe der Menge sehr gut erkennen können. Aber das hätte ja die Wahrheit des Erfolges der Demo entlarvt.

ANDREAS HERMANN

## Von Partisanenlied bis »Königin der Nacht«

Am 25. Februar fand in Panketal das dritte vom Verein »Kunstbrücke Panketal« organisierte Benefizkonzert zugunsten der Ukrainehilfe Panketal statt. Trauriger Anlaß war der bereits ein Jahr währende Krieg in der Ukraine. Zum Konzert waren auch musikalische Gäste aus der Ukraine eingeladen: 16 Sänge-

rinnen und Sänger im Alter zwischen acht und 22 Jahre alt aus der Stadt Lwiw (Lwow, Lemberg). Einige sind vom Gesangsstudio des Kinderkunstzentrums »FoRa«, andere gehören dem Familienensemble »Kudovba Four« an. Begleitet wurden die Kinder und Jugendlichen von V. Kudovba und U. Pasternak.

Während draußen erste Schneeflocken eine vorläufige Rückkehr des Winters verkündeten, wurde den Zuschauern mit dem Erklingen der ukrainischen Nationalhymne warm ums Herz. Niels Templin, Vereinsvorsitzender und Hauptinitiator des Konzertes, dankte den vielen Unterstützern, Helfern und Sponsoren.

THORSTEN WIRTH



Foto: THORSTEN WIRTH

## Kriegspropaganda 1944

Der Beitrag von Andreas Hermann erinnert mich in fataler Weise an meine Kindheit. Durch die damaligen Kriegslügen von Politik und Staatsmedien verführt, wurde ich als Neunjähriger, entgegen dem Willen meiner Mutter, 1944 »Pimpf«, also Mitglied des »Jungvolks«, der Vorstufe der »Hitlerjugend«. Mein großer Wunsch war damals, einmal der »Waffen-SS« anzugehören. Denke ich an die Meinungen vieler junger Menschen zum jetzigen Kriegsgeschehen, gelingt es mir nicht, den Vergleich zwischen damals und heute zu verdrängen. Es sind dieselben Methoden der Massenpsychologie damals wie heute (Gustave Le Bon »Psychologie der Massen«, Rainer Mausfeld »Warum schweigen die Lämmer«).

KLAUS MEISSNER

## Polen rüstet auf

Allein seit Anfang 2022 wuchs die polnische Armee um 16.500 Soldaten und Offiziere auf 160.000 Mann. Nach dem im Mai 2022 verabschiedeten Gesetz über die Landesverteidigung Polens soll Polens Militär bis zum Jahr 2035 sogar auf 250.000 Berufssoldaten in den Streitkräften und 50.000 in den Landwehren aufgestockt werden. Dank der »russischen Bedrohung« versucht man in Warschau inzwischen, diese Zahlen früher zu erreichen – solange es unter diesem Deckmantel möglich ist, Geld für Militärausgaben herauszuschlagen, ohne Fragen beantworten zu müssen. Allein 2023 sollen 68 Prozent mehr ausgegeben werden und der Militäretat auf umgerechnet mehr als 20 Milliarden Euro steigen.

Auf dem Plan steht unter anderem die Aufstellung von zwei neuen mechanisierten Divisionen in Ostpolen mit Kommandostäben in Olsztyn und Siedlce. Für die materielle Ausstattung sollen u.a. 500 M142-HIMARS-Mehrfachraketenwerfer eingekauft werden. Derzeit verfügt Polen über 20 Stück und selbst die US-Armee samt Marines haben nur 410 im Bestand. Zu den drei vorhandenen sind sechs weitere Patriot-Luftabwehr-Batterien bestellt. Außerdem sind 250 M1-Abrams-Kampfpanzer in der neuesten Konfiguration für 2023 geordert. Auf dem Plan stehen ferner 96 US-Kampfhubschrauber »Apache AH64E« und die Anschaffung von F-35-Jets. Aus Südkorea sollen 48 leichte Kampfflugzeuge FA-50, mehr als 600 Panzerhauptzen K9 und fast 1000 Kampfpanzer K2 kommen. Auch die Lieferung von 300 Mehrfachraketenwerfern K239 ist bereits vertraglich vereinbart. Daneben hat Polen bereits 128 Leopard 2A4 im Bestand.

Die bisherigen rund 500 T-72 und PT-91 (polnische Variante der T-72) werden wohl ihren Weg in die Ukraine finden – sofern sie dort nicht schon »verbraucht« worden sind. (vgl. »Die dritte Staffel«, BBP 2/2023). G.M. 9

## Ganzheitliche Ernährung (26)

Kennen Sie das? Die Haut ist gespannt, fühlt sich rauh an, wirkt leicht schuppig und weist Pusteln und Knötchen auf. Und dann immer dieser andauernde Juckreiz. Dies deutet auf eine Neurodermitis. Oftmals nässt die Haut. Betroffen sind meist Kopfhaut, Gesicht und Hände sowie Ellenbogen, Kniekehlen, Augenlider und der Ansatz der Ohrfläppchen. Wenn die Verdickungen mit kleinen Knötchen und Bläschen aufgekratzt werden, bilden sich Krusten und die offenen Hautstellen können sich mit Bakterien, Pilzen oder Viren infizieren.

Meist tritt die Neurodermitis bereits im Säuglingsalter, als sogenannter Milchschorf, auf. Milchschorf ohne weitere Anzeichen ist allerdings kein Indikator für Neurodermitis. Die Krankheit kann auch über das 30. Lebensjahr hinaus anhalten. Neurodermitis tritt meist in Schüben auf, so daß auf beschwerdefreie Phasen teilweise extreme Symptome folgen. Begleitet werden kann die Neurodermitis von einer verminderten Talg- und/oder von einer verminderten Schweißproduktion.

Die genaue Ursache der Erkrankung ist bisher unbekannt. Eine erbliche Veranlagung scheint eine Rolle zu spielen. Aber die Erkrankung kann mannigfaltig ausgelöst werden, wie durch Nahrungsmittelallergien (Nüsse, Milch oder Eiweiß). Weitere Faktoren können Pollen sein, Tierhaare oder Hausstaubmilben. Aber auch starke psychische Belastungen oder Infekte (Grippe) können Neurodermitis auslösen. Begünstigt wird das Leiden durch kratzende Kleidung, weshalb Sie Stoffe wie Leinen, Baumwolle oder Seide bevorzugen sollten. Diese sind luftdurchlässig und wirken somit weniger reizend. Es gibt auch Kleidung die mit antimikrobiell wirksamen Substanzen, wie z.B. Silbernitrat, beschichtet sind.

Aber es gibt auch andere Erkrankungen, die ähnliche Symptome aufweisen. Deshalb muß eine Schuppenflechte oder ein Kontaktekzem ausgeschlossen werden. Dies kann nur der Arzt entscheiden. Wenn der Arzt die Diagnose Neurodermitis stellt, dann erfordert dies immer einen individuellen Therapieplan.

Bestandteil dieses Behandlungsplans kann eine Hautpflege mit rückfettenden Substanzen sein oder eine äußerliche Behandlung mit Präparaten, die den Wirkstoff Kortison enthalten. Ebenso kommt eine Lichttherapie in Frage, eine psychotherapeutische Behandlung oder das Erlernen von Entspannungstechniken. Weiterhin ist an eine Behandlung mit Calcineurin-Hemmer zu denken. Auch ein Urlaub an der Ost- oder Nordsee oder den Alpen kann helfen, das Hautbild zu verbessern.

In der nächsten Folge lernen Sie empfehlenswerte Lebensmittel bei Neurodermitis kennen.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

Internationaler Frauentag 2023 im Haus am Werbellinsee:

## Flower Power vom Rosenkavalier

Etliche rote Rosen schmücken Zimmer sowie die Aufenthaltsräume der Residenz »Haus am Werbellinsee«. Es duftet nach frischen Blumen und den Frauen der Einrichtung liegt ein Lächeln im Gesicht. Grund dafür ist die Rosenverteilaktion zum 112. Internationalen Frauentag am 8. März durch unseren Rosenkavalier Marcel.

Rote Rosen symbolisieren starke Liebe und Leidenschaft, die insbesondere von Frauen täglich an ihre Mitmenschen weitergegeben wird. Die Hingabe, die Frauen an den Tag legen, sollte keine Selbstverständlichkeit sein und genau dafür möchten wir uns heute bei jeder einzelnen bedanken. An der Feier zum »Tag der Frau«, bei der es Kuchen, Kaffee und Sekt gab, durften natürlich auch die männlichen Kollegen teilnehmen.

ANGELA MATTHES



FOTO: ANGELA MATTHES

## Absurde Aspekte

Zum Verbot der russischen Sprache in der Ukraine

**Ada Wordsworth, eine Slawistikstudentin aus Großbritannien, beschreibt in einem Beitrag im New York Review of Books ( Ukrainischlektionen auf dem Bahnhof, NY-RoB, 8.12.2022) ihre Erfahrungen in der Ukraine, wo sie sich in der Flüchtlingshilfe engagiert hat. Hier ein Auszug, in dem es um die Sprachpolitik geht:**

Als ich im September 2022 Hilfsgüter nach Charkow gebracht hatte, ging ich in eine Buchhandlung und suchte nach einer Ausgabe von Andrej Kurkows Roman »Graue Bienen«. Kurkow ist ein stolzer Ukrainer, der auf Russisch schreibt. Ich nahm an, daß ich es, wenn überhaupt, hier in Charkow finden würde. Ich lag falsch. Die Mitarbeiter der Buchhandlung berichteten mir, daß sie am ersten Tag des Kriegs alle russisch-sprachigen Bücher entsorgt hätten, mir aber eine ukrainische Übersetzung von Kurkows Roman anbieten könnten.

Kurkow ist in Rußland verboten, womit sich sogleich die Frage erhebt, wo man überhaupt eine Originalausgabe findet. Kurkow hält an seiner Überzeugung fest, daß es eine russisch-sprachige ukrainische Kultur unabhängig von Rußland gebe.

Er thematisierte auch, das »Mißtrauen und den gelegentlichen Haß, der sich gegenüber russisch-sprachigen Autoren und Intellektuellen zeigt, die sich selbst gegenüber beweisen mußten, daß sie dreimal so patriotisch seien wie ihre ukrainisch-sprachigen Kollegen«.

Die Untiefen der ukrainischen Sprachpolitik bleiben auch den Gehörlosen nicht erspart. Im Chaos der ersten Kriegswochen fand eine Gehörlosenhilfsorganisation, die sich um die Evakuierungen an Brennpunkten kümmerte, meinen Instagramaufruf und bat mich, als Koordinator in Przemysl (Polen) für

sie zu arbeiten. Ich übergehe mal die Absurdität, daß eine englische Russisch-Sprecherin, die keine Kenntnisse der Gebärdensprache hatte, der wichtigste Kontakt für ukrainische Gehörlose an dem meistfrequentierten Grenzübergang war. Ich hatte die Ehre, diese Aufgabe zu übernehmen.

Ich habe ungefähr fünfzig Mitschnitte auf meinem Handy, die in den ersten Monaten meine Gespräche mit Gehörlosen dokumentieren. Ich stellte fest, daß die Gehörlosen, die ich traf, viersprachig waren. Sie beherrschten sowohl die russische als auch die ukrainische Gebärdensprache und sie konnten beide Sprachen lesen und darin schreiben und manche konnten auch beide gesprochenen Versionen von den Lippen ablesen. Häufig wurden auch die Gebärden der beiden Sprachen vermischt, so daß ein Dialekt (Surzhyk) zustande kam, der in der Zentral- und in der Ostukraine beheimatet ist.

Dennoch kann es sein, daß Gehörlose aus dem Osten und Westen des Landes sich nicht verständigen können, vor allem, wenn sie verschiedenen Generationen angehören. Junge Gehörlose aus der Westukraine, die nur die ukrainischen Gebärden kennen, können sich nicht mit Älteren aus dem Osten unterhalten, die nur die russische Gebärdensprache beherrschen.

(New York Review of Books, 8. Dez. 2022, S 36, Übersetzung HARTMUT LINDNER)

Petition an den Kreistag:

## Wanderwege für Elch und Wisent

**Eberswalde (bbp).** Peggy Siegemund aus dem Brandenburgischen Viertel in Eberswalde ist nicht nur sachkundige Einwohnerin im städtischen Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) und Vorsitzende des Eberswalder Ortsverbandes der Partei Die PARTEI, sondern seit Anfang des Jahres auch Tierschutzbeauftragte des Landesverbandes der Partei Die PARTEI. Als Master of Science für Regionalentwicklung und Naturschutz liegen ihr natürlich diese beiden Themen besonders am Herzen, nicht zuletzt, weil dem zweiten Bestandteil bei der Regionalentwicklung oftmals mit eher stiefmütterlicher Aufmerksamkeit behandelt wird.

Um dem Naturschutz in der Regionalentwicklung eine stärkere Aufmerksamkeit zu verschaffen, hat Peggy Siegemund sich mit einer Petition an den Kreistag Barnim gewandt. Sie regt an, »Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, die geeignet sind, im gesamten Landkreis Barnim die ökologische Durchgängigkeit für Hochwild zu gewährleisten«.

Unter anderem sollte die Machbarkeit geprüft werden, inwieweit Querungshilfen über die Kanäle geschaffen werden können, »wie die Einrichtung von Wildtierbuchten als Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten (die sich zudem touristisch nutzen ließen, weil hier zugleich Anlegemöglichkeiten für Wasserwanderer sowie Bademöglichkeiten entstehen würden)«. Auch sollen Querungsmöglichkeiten über die bestehende B167 und über die geplante zusätzliche Schnellstraße nördlich von Eberswalde (B167-

neu) geprüft werden, wobei »sowohl Über- als auch Unterquerungsmöglichkeiten in Frage kommen könnten«. Als wichtig sieht sie zudem die Sicherung und den Ausbau »der Nord-Süd-Grünkorridore im Bereich der Stadt Eberswalde« an, »wobei insbesondere die bestehenden Grünkorridore vor weiterer Zersiedelung und Bebauung geschützt, eine geeigneter Bewuchs gefördert, geeignete Flächen zur Erweiterung der Grünkorridore gesichert und bestehende Barrieren (z.B. Zäune) abgebaut werden müssen«. Schließlich soll der Kreistag auch prüfen lassen, wie die »Biotopverbindungen zwischen dem Naturpark Barnim und den südlich des Landkreises gelegenen Waldgebieten (z.B. Märkische Schweiz) unter Berücksichtigung der Nutzung durch Großwildarten wie Elch und Wisent« gesichert und ausgebaut werden können.

»In den vergangenen Jahren«, begründet Peggy Siegemund ihr Anliegen, »ist eine verstärkte Einwanderung von Großwild, wie z.B. Elchen oder Wisenten, aus dem Nachbarland Polen nach Brandenburg zu beobachten. Eine bei den Tieren beliebte Einwanderungsrouten befindet sich im Bereich der Gemeinde Lunow-Stolzenhagen und dem Ortsteil Hohensaaten der Stadt Freienwalde (Kreis Märkisch-Oderland). In den ausgedehnten Wäldern nördlich des Oder-Havel-Kanals von der Oder bis nach Chorin und Britz finden die Einwanderer für sie geeignete Biotope vor.

Für eine Weiterwanderung nach Süden stellen jedoch der Oder-Havel-Kanal, der Finowka-

nal sowie die in West-Ost-Richtung verlaufenden Hauptverkehrsstraßen in und bei Eberswalde beträchtliche Hindernisse dar. Infolge Verletzungen durch die Kollision mit Fahrzeugen und beim Versuch, die Kanäle zu queren, sind in den vergangenen Jahren im Bereich Eberswalde bereits mindestens zwei Elche zu Tode gekommen. Außerdem ist mit einer zunehmenden Gefährdung des Fahrzeugverkehrs durch die Querung von Straßen durch das häufiger auftretende Großwild auszugehen.

Um dieses wachsende Problem zu lösen, sind geeignete Querungshilfen und -möglichkeiten über die genannten Hindernisse für das Großwild zu schaffen und zu pflegen. Desweiteren sind der Erhalt und der Ausbau von Nord-Süd-Grünkorridoren in einer für den Zweck ausreichenden Breite notwendig. Im Bereich der Stadt Eberswalde kann hier auf den geltenden Landschaftsplan Bezug genommen werden.

Diese Nord-Süd-Grünkorridore sowie die Querungshilfen über die Kanäle und Straßen würden zudem nicht nur den Elchen und Wisenten helfen, aus dem begrenzten Areal nördlich des Oder-Havel-Kanals heraus in Richtung Süden in die ausgedehnten Wälder des Naturparks Barnim und weiter über die Märkische Schweiz bis in die Lausitz oder den Fläming weiterzuwandern, sondern sie dienen insgesamt dem Erhalt der bemerkenswerten Biodiversität unserer Wälder, denn auch kleinere Säugetiere, Vögel bis hin zu Insekten sind auf solche Biotopverbindungen angewiesen, wenn die Biodiversität dauerhaft erhalten werden soll.

Um die genannte Weiterwanderung zu ermöglichen, sollte auch eine Förderung der entsprechenden Biotopverbindungen im Süden des Landkreises geprüft werden.«

Klimaanpassung:

## Fördermittel gegen Überflutung

**Eberswalde (bbp).** »Einmal mehr freue ich mich, daß ich ein Projekt erfolgreich vor Ort und im Bundestag begleiten sowie unterstützen konnte.« Der SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE freut sich. Gemeinsam mit seinem FDP-Kollegen FRIEDHELM BOGINSKI habe er sich dafür stark gemacht.

Solche Federn stecken sich die Berufspolitiker gerne an den Hut. »Nun fließen über zwei Millionen Euro nach Eberswalde, um Maßnahmen zur Klimaanpassung in der Innenstadt zu finanzieren. Mit einem Anteil von 2,312 Millionen Euro von insgesamt 2,72 Millionen Euro Projektkosten übernimmt der Bund bis zu 85 Prozent der Projektkosten - eine umfassende Bundesförderung und eine richtig gute Nachricht!«

Tatsächlich mußte hier vor allem die Stadtverwaltung ihre Hausaufgaben machen, indem sie den passenden Förderantrag vorlegte, dem dann die Bundesverwaltungen im Rah-

men der vorhandenen Haushaltsmittel entsprochen haben. Von den Vorschriften abweichende Einflußnahmen dürften hier eigentlich keine Rolle spielen.

Konkret soll mit dem Fördergeld ein moderner Überflutungsbereich in den Straßen Weinbergstraße, August-Bebel-Straße und Ruhlaer Straße geschaffen werden. Das Niederschlagswasser wird dadurch einerseits in die Schwärze abgeleitet und zugleich kontrolliert im Park am Weidendamm verdunstet. Dadurch werden Überflutungen durch hohen Niederschlag in dem Gebiet zukünftig verhindert, die Natur im Park gestärkt und das Stadtklima verbessert. Außerdem soll rund um die neuen Wasserflächen ein Wasserspielplatz entstehen.

»Der Park am Weidendamm ist die sprichwörtliche grüne Lunge der Eberswalder Innenstadt«, weiß Eberswaldes Bürgermeister GÖTZ HERRMANN. Als Erholungs-, Sport- und Freizeit-

stätte ist der einstige Ammonpark schon lange von großer Bedeutung. Durch das Projekt »Wasser und Energiestadt - Zukunftsoptimiertes Eberswalde« werde diese wichtige Rolle noch wachsen, komme »die naturnahe Neugestaltung des Areals doch nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern vor allem auch unserem Ziel einer klimaneutralen Stadt Eberswalde zugute. Außerdem leisten wir mit dem Projekt einen großen Beitrag zum Schutz vor den Folgen zunehmender Extremwetterereignisse. Mein Dank gilt hier im besonderen den entsprechenden Fachleuten in unserer Stadtverwaltung, die mit ihrer Expertise dieses Vorhaben entwickelt haben. Ich danke auch unseren Bundestagsabgeordneten für ihre Unterstützung«, so Herrmann.

Mit dem Bundesprogramm »Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel« fördert der Bund investive Projekte mit hoher Wirksamkeit für Klimaschutz (CO<sub>2</sub>-Minderung) und Klimaanpassung, mit besonderer fachlicher Qualität sowie mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen beziehungsweise hohem Innovationspotential.

Die »BZ« (Berliner Zeitung) vom 17.12.1930 berichtete in dem Artikel »Das Messing-Huhn am laufenden Band« über Pionierleistungen der Hirsch Kupfer- und Messingwerke für eine industrialisierte Landwirtschaft:

*In der »Legehalle«, einem unendlich langen Treibhaus vergleichbar, waren 5.000 völlig weiße Leghorn-Hennen. Fünftausend Hennen – aber nicht ein Hahn. Dieses laufende Eierband sahen wir, ehe wir noch die »Messinghennen« selbst zu Gesicht bekommen hatten.*

*Es schob sich langsam aber stetig vorwärts und in unregelmäßigen Abständen lagen darauf die Eier ... alle drei bis vier Minuten kam eines angetrudelt. Ein junges Mädchen stand da und las sie auf, rieb sie sauber, drückte einen Datumsstempel drauf, und tat sie in einen Karton. Merkwürdigerweise waren es richtige Hühnereier, und nicht etwa aus Messing.*

*Niemals erlebt eine von diesen fünftausend Jungfrauen jenes entsetzt-begeisterte Gackern, das man auf einem Hühnerhof nur zu hören braucht, um zu wissen, daß der Hahn dabei ist, seine Pflicht zu tun. Aber auch niemals bekommt eine von ihnen zu spüren, wie ein Regenwurm schmeckt.*

#### Hühnerzucht-Haus? Hühner-Zuchthaus!

*Da Hühner zum Eierlegen weder Tageslicht brauchen, noch einen Scharraum, noch auch nur festen Boden unter den Füßen..., sperrte man sie zu sechs und acht in enge und niedrige Käfige, die statt des Bodens ein Drahtnetz haben, durch das der Kot auf laufende Bänder fällt... Wie man in Messingwerk verhindern will, daß das billige Ei der vergewaltigten Hennen auf dem Wege nach Berlin teurer wird, - darüber morgen.*

Unter der Überschrift »Geheizter Spinat, die Regenkanone und der 'ff'-Wagen« folgte am 19.12.1930 der nächste BZ-Beitrag über die industrielle Landwirtschaft am Finowkanal:

*Zu Messingwerk gehört ein größeres Bodenareal und dort will man auf neue Art allerhand Eßbares wachsen lassen. Und zwar mit Hilfe der Elektrizität. Messingwerk ist einer der größten Abnehmer für elektrischen Strom in der ganzen Provinz Brandenburg, insbesondere die Schmelzöfen verbrauchen Millionen von Kilowattstunden jährlich. Infolgedessen bekommt die Fabrik den Arbeitsstrom zu sehr billigem Tarif.*

*Diesen billigen Strom will man unter anderem dazu ausnutzen, daß man es nachts regnen läßt. Regen ist für ein verhältnismäßig so dürres Land, wie es die Umgegend von Eberswalde darstellt, der halbe Dünger... Heute schießt man das Wasser aus der Regenkanone, die es bis zu sechzig Meter weit im Kreise schleudert.*

*Hier ist übrigens der organische Zusammenhang zwischen dem Industrieunternehmen und seiner Landwirtschaft besonders deutlich erkennbar. Denn Messingwerk will in Zukunft »Regenkanonen« selbst fabrizieren und hofft, die kleinste Type schon zum Preise von 25 Mark*

# Das Messinghuhn

## Teil 2: Industrialisierte Landwirtschaft

von Kurt Berus

**Mit der Landwirtschaft, die auf den Ländereien des industriellen Großbetriebs der Hirsch Kupfer- und Messingwerke (HKM) im Gutsbezirk Messingwerk während des 1. Weltkrieges etabliert wurden, sollte vor allem eine ausreichende Ernährung für die Beschäftigten des Munitionsherstellers sichergestellt werden, damit diesen auch die entsprechenden Arbeitsleistungen abverlangt werden konnten. Ende der 1920er Jahre wurde ein neuer Abschnitt des Industriegutes eingeleitet.**



FOTO: PRIVATARCHIV KURT BERUS

herstellen zu können – wofür alle Laubenkolonisten es segnen werden.

*Warum ... sich mit dem Winterschlaf der Natur abfinden, ... mit billigem Strom kann man nicht nur Schmelzöfen heizen, sondern auch die heimatische Scholle. Man baut riesige Glashäuser und zieht Drähte durch den Boden, die der Strom wärmt. Oder man erhitzt Wasser in einem Kessel durch billigen Nachtstrom auf 300 Grad und zapft die Wärme (nicht das Wasser), tagsüber durch Kupferleitungen ab, um sie dem Boden zuzuführen.*

#### Die »Finow-Farm«

*Die Schöpfer dieser ganzen industrialisierten Landwirtschaft müßten keine Großkapitalisten sein, wenn sie nicht bei Gründung ihres landwirtschaftlichen Betriebes die Lösung der ABSATZFRAGE vorweggenommen hätten.*

*Seit einigen Tagen fahren durch die meisten Stadtteile Berlins riesige Verkaufswagen mit der Aufschrift »FINOW-FARM«. Sie haben einen festen Fahrplan und bestimmte Haltestellen. Der Fahrer steigt ab, klappt die eine Wagenseite hoch – und das Auto hat sich in einen äußerst sinnreich eingerichteten Laden verwandelt, der Schofför in einen Kaufmann, der nach der groß aufgemalten Devise »die frischen Qualitäten zu Einheitspreisen« verkauft. Und zwar nicht nur die Eier vom laufenden Band und den geheizten Spinat, sondern ebenso Milch, Butter, Gemüse, Kartoffeln und Kolonialwaren. Die »Finow-Farm« ist nicht nur die Vertriebsgesellschaft, die die Produkte unter Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels zu wesentlich billigeren Preisen dem Verbraucher zuführt – sondern garantiert auch »Höchste Preise dem Produzenten, niedrigste vom Konsumenten«.*

*Es ist bezeichnend, daß gerade der Schöpfer des ganzen »Messingwerker Systems« dieser Fra-*

*ge eine besondere Studie gewidmet hat. Er ist kein Landwirt, sondern Techniker, P. G. Hoffmann, bisher Direktor des AEG-Kabelwerkes Oberspree. Er macht den Vorschlag, den Fabrikarbeiter zur Hälfte wieder zum Landarbeiter zu machen – allerdings bei industrialisierter Landwirtschaft. So könne er seinen Bedarf an Lebensmitteln selbst ziehen und hätte bei halber Arbeitszeit und halbem Lohn mehr Bargeld übrig als heute bei voller Beschäftigung, wobei gleichzeitig DOPPELT soviel Menschen Arbeit fänden. Voraussetzung wäre natürlich eine großzügige Arbeitersiedlung auf dem Lande in der Nähe der großen Werke.*

*Ob der Vorschlag durchführbar ist, wäre ernsthaft zu prüfen. Denn nichts, was Aussicht auf Erfolg hat, den unvermeidlichen Verheerungen der ebenso unvermeidlichen Mechanisierung zu begegnen, darf unversucht bleiben. Sonst retten uns alle Eier am laufenden Band, der geheizte Spinat und die schönsten »ff«-Wagen nicht vor dem Verhängnis, daß bei niedrigsten Preisen die »Überflüssigen« vor Hunger krepieren. Daß wir zugrunde gehen, damit die Maschine triumphiere, kann unmöglich der Sinn unseres Lebens sein!*

*Soweit der Bericht aus dem Jahr 1930. Wie viele andere, fiel das zukunftsweisende Experiment zur Überwindung der Trennung von Industrie und Landwirtschaft der Weltwirtschaftskrise zum Opfer. Lediglich die Pläne der eigenen landwirtschaftlichen Siedlung für die Beschäftigten der HKM wurden später mit der heutigen Clara-Zetkin-Siedlung umgesetzt. Im März 1932 erschien die Nr. 13 der agrarpolitischen Wochenschrift »Reichs-Landbund« unter knalliger Überschrift:*

**Der Vorhang fällt, das Stück ist aus. Millionenverluste bei Hirsch Kupfer!**

# Steigbügelhalter für Hitler

*Die ehrwürdige Familie Hohenzollern*

**Der 21. März 1933, bekannt auch als TAG VON POTSDAM mit der Eröffnung des ersten Reichstages nach der Machtergreifung der Nazis, jährte sich zum 90. Mal. Dort traf sich der von Ex-Kronprinz Wilhelm von Preußen angeführte braune Adel mit der damaligen Elite. Man einigte sich mit Hitler und Hindenburg auf das Ermächtigungsgesetz der Nazis, dem am 24. März 1933 alle bürgerlichen Parteien zustimmten (Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen, Zentrum u.a.).**

Viele dieser bürgerlichen »Volksvertreter« traf man dann 1949 bei der Gründung der Bundesrepublik an wichtigen Stellen nochmal zur Wieder- und Weiterverwendung, ob im Bundespräsidialamt, Kanzleramt, Auswärtigen Amt, Justizministerium oder BND. Eine Fülle von Juristen und Militärs, die nach dem 8. Mai 1945 alle die weiße Weste raushängten und Widerständler wurden.

Zusätzlich ist darauf zu verweisen, daß es noch immer »Hindenburg«, dem Steigbügelhalter Hitlers, als Kasernen-Namensgeber der Bundeswehr gibt, hingegen die Mohrenstraße umbenannt werden muß! Ist das ein Ausdruck für die entwickelte freiheitlich-demokratische Grundordnung?

Bei dem neuerdings so wohlfeil, wenn auch meist einseitig, benutzten Begriff der »Kriegsverbrechen« darf man wohl auch darauf verweisen, daß das ehemalige Herrscherhaus verantwortlich für die nicht geahndeten Kriegsverbrechen des 1. Weltkrieges und für die Vorbereitung des 2. Weltkrieges mitverantwortlich ist! Ex-Kaiser Wilhelm II. sandte Hitler nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 ein begeistertes Glückwunsch-Telegramm (zu finden im Bundesarchiv Berlin).

Wenn jetzt auf den risikobehafteten Richterspruch zur Mitverantwortung der Hohenzollern verzichtet wird, dann darf das nicht als Geschenk verstanden werden. Wenn das nun am 9. März, dem 135. Todestag des »guten Kaiser Wilhelm I.« 1888 geschieht, dann will man uns zusätzlich vergessen lassen, daß es sich hier um den berüchtigten KARTÄTSCHEN-PRINZEN vom März 1848 handelt, dem die Berliner den Friedhof mit den 255 Märzgefallenen

im Friedrichshain »verdanken«. Eine wahrhaft ehrwürdige Familie!

Die Öffentlichkeit sollte sehr vorsichtig und kontrolliert die anstehenden Folgeentscheidungen beobachten. Der Landesregierung in Potsdam ist nicht zu trauen, wenn man die divergierenden Haltungen der Finanzministerin (pro Entschädigung) bzw. der Kulturministerin (gegen Entschädigung) berücksichtigt und sich erinnert, wie »begeistert«, angefangen bei MP Stolpe über Platzeck bis Woidke alle von Besuchen der »Kaiserlichen Hoheiten« Louis Ferdinand und Georg Friedrich und dessen Hochzeits-Event in Potsdam waren.

Nicht ein Bild oder Quadratmeter Boden ist den Hohenzollern zu entschädigen. Die heutige Generation sollte sich an den unverschuldet frühen Verlust ihrer Groß- und Urgroßväter erinnern.

Warum kann man nicht mit dem Hohenzollern-Vermögen umgehen wie mit dem DDR-Parteienvermögen, da könnte der Staat mit Zustimmung der Bürger rechnen!

Die Hohenzollern wollen nur den Spruch der Richter vermeiden, sie seien Förderer des Nationalsozialismus (gewesen) und der Herr Prinzvonpreußen will seine Familie nur aus dem Schatten des Nazi-Reiches herausholen; wie peinlich wäre ein entsprechender Richterspruch gewesen.

Ein Gutes hat der jahrelange Streit um die Förderung und Vorschub für das Nazi-Regime: Unser Land hat eine Fülle neuer Forschungsergebnisse über die brandenburgisch-preußischen Hohenzollern bekommen.

BERND C. SCHUHMANN

## »Rundum gelungen« und »wunderschön«

*Parteitag im SPD-Unterbezirk Barnim*

**Klosterfelde (bbp).** Bei ihrem Unterbezirksparteitag am 24. März in Klosterfelde haben die Barnimer Sozialdemokraten »wichtige Weichenstellungen für das Superwahljahr 2024 vorgenommen«. Zu den Weichenstellungen gehörten die Vervollständigung des Unterbezirksvorstands, ein Leitantrag zur Kreistagswahl 2024 sowie die Vorbereitung der Europawahl in Brandenburg.

Die Rede ist von einer Politik, »die unseren wunderschönen Barnim in all seiner Vielfältigkeit denkt, pragmatisch handelt und dafür

sorgt, daß sich unser Wachstum immer auch in der Lebensqualität niederschlägt und wir den Zusammenhalt untereinander weiter stärken«. Es gehe um die Umsetzung praktischer Lösungen und darum, »nicht nur oberflächliche Antworten zu geben«. Der Vorsitzende KURT FISCHER verspricht eine »optimistische« Politik, die »sich nicht in Schwarzmalerei verliert«.

Laut dem Vorsitzenden Fischer war es »ein rundum gelungener Parteitag«, an dem etwa 50 der derzeit 290 Parteimitglieder im Barnim teilnahmen.

## Ahrensfelder im Stau

**Ahrensfelde (bvb/bbp).** Die B158 wird Jahr für Jahr von immer mehr Berlin-Pendlern genutzt. In Ahrensfelde stecken die Autofahrer jedoch zu den Stoßzeiten im Dauerstau. Seit Jahrzehnten wird daher eine Ortsumgehung versprochen. Die konkreten Planungen hierfür wurden nach über zehn Jahren Pause nun wiederaufgenommen.

Doch was tut die Landesregierung mit den zwischenzeitlich 1.500 Einwendungen aus Ahrensfelde gegen die Planungen? Die Bürger haben berechtigte Gründe für Kritik an den Plänen. Trotz hoher Kosten würden sich die Verkehrs- und Lärmprobleme kaum bessern. Denn dafür müßte die Strecke komplett als Tunnel geplant oder beide Straßen – die heutige B158 und die B158n – müßten parallel betrieben werden, um eine deutliche Entlastung bei Verkehr und Emissionen zu erreichen.

Doch die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler) war für die betroffenen Bürger in Ahrensfelde sehr enttäuschend. Die Hinweise und geäußerten Wünsche zu einer tatsächlichen ganzheitlichen Lösung der Probleme will die Landesregierung nicht wahrnehmen. Für sie kommt eine Bürgerbeteiligung, die bessere Varianten hervorbringen oder den Untersuchungsraum erweitern könnte, nicht in Frage. Die Prüfung einer längeren Tunnel-Variante lehnte sie mit Verweis auf eine bereits erfolgte Festlegung und höhere Kosten ab. Die Landesregierung will lediglich die faktisch fertigen Ergebnisse in der Gemeinde präsentieren. Erst dann, wenn alle Würfel gefallen sind und nichts mehr grundlegend geändert werden kann, sollen sich die Träger öffentlicher Belange äußern dürfen.

Die Landesregierung schließt im gesamten Prozeß die Ahrensfelder faktisch aus, wirkliche Bürgerbeteiligung gewährt sie nicht. Somit ist zu befürchten, daß die Landesregierung mangels Rücksprache vor Ort viel Geld für ein halbgares Projekt ausgibt.

So führt die begrüßenswerte Taktverdichtung der RB25 zu neuen Herausforderungen. Denn ab 2025 wird sie im 30-Minuten-Takt nach Werneuchen fahren. Damit wird der beschränkte Bahnübergang der wichtigen Zufahrtsstraße Ahrensfelder Chaussee zur weiteren Staufalle. Dabei gibt es schon jetzt praktikable Vorschläge aus der Gemeinde, die das Land endlich berücksichtigen muß. Würde die neue Umgehungsstraße als einfache Landstraße geplant, würden viele Schwierigkeiten wegfallen. Eine Dammführung in 7 Metern Höhe wäre unnötig. Zeitgleich mit dem Offenhalten der B158 würde sich der Verkehr wie auch die Zuführung auf zwei Straßen verteilen. Der Bau- und Kostenaufwand würde sich zudem deutlich reduzieren, ebenso der Eingriff in Natur und Umwelt.

Er war mittelgroß, mit sichtbarem Bauchansatz. Ein roter Heiligenschein auf seinem Schädel, der allmählich ergraute, ließ erahnen, daß dort ursprünglich eine rote Haarpracht wuchs. Das Gesicht verdeckte eine große helle Hornbrille und war ansonsten von einer etwas zu groß geratenen Nase charakterisiert. Er kleidete sich unauffällig. Nur, wenn er seine Dienstkleidung trug, die Uniform des Deutschen Roten Kreuzes, stach das dem Beobachter ins Auge.

Alfred leitete die Arbeitsgemeinschaft »Junge Sanitäter« im Eberswalder Pionierhaus. Er vermittelte dort den Schülern die Maßnahmen zur Ersten Hilfe bei Erkrankungen und Verletzungen. Diese Kenntnisse wurden nicht nur einmal gelehrt, sondern die Ausbildung wurde recht intensiv durchgeführt und wichtige Handgriffe wurden immer wieder trainiert. Das war eine gute Sache, denn die Schüler hatten immer Gelegenheit, solche Kenntnisse und Fertigkeiten im Alltag anzuwenden. Manch einer dieser Jungen Sanitäter wurde später Arzt oder Rettungssanitäter. Eine Mitarbeit bei den Jungen Sanitätern wurde als DRK-Ausbildung für den Erwerb eines Führerscheins in der DDR anerkannt.

Alfred hatte eine recht humorvolle Art, den Schülern das Sanitätswesen beizubringen. Neben seinen umfangreichen Fachkenntnissen und seiner kumpelhafte Art war auch das ein Grund, weshalb er sehr beliebt bei den Schülern der Arbeitsgemeinschaft war.

Für die Schüler selber war es irgendwie eine Auszeichnung, aus ihren Klassenkollektiven herauszuragen. Diese Schüler durften bei gesellschaftlichen Ereignissen die DRK-Uniform anlegen und dann als Sanitäter wirken. Sie waren mit ihrer eigenen Sanitätstasche ausgerüstet, die ihnen kostenlos vom DRK zur Verfügung gestellt wurde. Ebenso wurde bei der Maidemonstration in Uniform an der Ehren-

## 20 Tonnen Kriegsofferhilfe



FOTO: LIANE KILINC

Der 59. Transporter mit 20 Tonnen durch Spenden finanzierten Hilfsgütern des Vereins FRIEDENSBRÜCKE – KRIEGSOFFERHILFE E.V. ist Ende März nach Donezk aufgebrochen ([www.fbko.org](http://www.fbko.org)). Spenden via Überweisung: Liane Kilinc IBAN: DE93 1005 0000 6013 3758 34; Verwendungszweck: Projektarbeit.

Alternative Prominente (Folge 23): Alfred Hartwig

## Der Stolz des DRK

**Alfred Hartwig war ein sehr bekannter Mann in Eberswalde. Viele »Junge Sanitäter« hatte er im Laufe seines Berufslebens ausgebildet.**

tribüne vorbeimarschiert, vorausgesetzt, man war nicht als junger Sanitäter zum Begleiter eines Marschblocks eingeteilt.

Alfred verstand sein Handwerk recht gut, aber er verfügte über ein recht loses Mundwerk. Er handelte nach der Devise – »Wenn man von den Dingen keine Ahnung hat, dann sollte man wenigstens sicher auftreten«. Das wurde ihm mindestens einmal zum Verhängnis, als Alfred beauftragt wurde, in einer Institution Schulungen zur Zivilverteidigung durchzuführen. Als Themen waren vom Auftraggeber vorgegeben, *Schutz vor Kernwaffenschlägen, Schutz vor chemischen und biologischen Kampfstoffen, Vorbereitungen für den Katastrophenfall* – heute nennt man Leute, die so etwas betreiben, Prepper.

Der Unterricht zu Maßnahmen der Ersten Hilfe war für Alfred kein Problem. Aber schon beim Thema Kernwaffen merkte man, Alfred hatte von nichts eine Ahnung, aber für alles eine Erklärung. Er erklärte wie sich Klein Fritzchen die Atombombe vorstellt. Obwohl er nicht die geringsten Kenntnisse von Physik oder gar von einer Atombombe hatte, trug er seine Rede sicher und wirkungsvoll vor und erntete sogar zustimmendes Nicken von den über 70-jährigen Mitarbeitern. Teilweise argumentierte er auch mit humoristischen Einlagen. Aus heutiger Sicht kann man einschät-

zen, er wäre mit dem Unsinn, den er vortrug, ein hervorragender BRD-Politiker.

Sein Kernwort war »Ionisierung«. Diese Ionisierung, die nach Alfreds Worten überall auftritt, wenn es um Atomenergie geht, sei die Ursache für alle üblen Begleiterscheinungen, sogar für Glatzen bei der männlichen Bevölkerung des Landes. Die Kollegen dieser Einrichtung ließen die Schulung über sich ergehen. Keiner beschwerte sich. Doch Pech für ihn, daß der Direktor dieser Institution unter den Zuhörern weilte. Selbiger bestellte Alfred nach der Schulung ein. Die Vorzimmerdame des Direktors konnte dann durch die geschlossene und gepolsterte Tür eine geharnischte Schimpfkanonade des Direktors auf Alfred wahrnehmen.

Kurze Zeit danach war Alfred nicht mehr beim Roten Kreuz. Trotzdem konnten ihn die Eberswalder häufig sehen. Seine neue Tätigkeit war Fahrscheinkontrolleur beim VEB Kraftverkehr Eberswalde. Auch dort fiel er durch loses Mundwerk und viel Gerede den Fahrgästen auf.

Noch kurz vor dem Ende der DDR verschwand Alfred aus der Öffentlichkeit. Man munkelte, die Staatsmacht habe ihn ins Gefängnis verbracht, wo er dann nach wenigen Wochen verstorben sei.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Rheinmetall:

## Der Tod aus Deutschland

**Die Kurse der Rheinmetall-Aktie stiegen binnen eines Jahres um hundert Prozent und sie wurde nun in den deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen. Zugleich wurde Fresenius medical (man beachte: Medical) herabgestuft!**

Der Kurs der deutschen Rüstungsaktie wird weiter exponentiell steigen, plant Rheinmetall doch gar den Bau einer Panzerfabrik in der Ukraine. Das Schönste für einen Rüstungskonzern ist doch so ein heißer Krieg. Je länger er dauert, desto besser! Allein die Nachricht von der Panzerfabrik verschafft Rheinmetall eine weitere Kurssteigerung von 2,4 % innerhalb eines Tages.

»Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«, schrieb jüngst die »Frankfurter Rundschau«. Man darf davon ausgehen, daß die Fabrik nicht aus der Portokasse bezahlt wird, sondern mit staatlichen Fördermitteln, gestützt auf Hermes-Bürgschaften, damit im Falle des Unterganges nicht der Konzern den Schaden davonträgt. Kürzlich konnte man im »Spiegel«

lesen, daß Papperger, der Konzernchef von Rheinmetall, in den Jahren seiner Vorstandstätigkeit mit Aktien von Rheinmetall circa zwanzig Millionen Euro Profit gemacht hat.

Also Börsenempfehlung: Kaufen, solange die Kanonen krachen!

Übrigens: Die Verluste der deutschen Exportwirtschaft kann man statistisch wunderbar mit den Zuwächsen der Rüstungswirtschaft ausgleichen.

Es drängt sich bei der deutschen Rüstungspolitik und bei den Kommentaren der sogenannten »Militärexperten« der Eindruck auf, daß hier »alte Rechnungen« nach der totalen Vernichtung der Wehrmacht beglichen werden sollen. Ein Symbol dafür sollte wohl das russische Panzerwrack vor der Berliner Botschaft der Russischen Föderation sein, oder?

Rüstungskonzerne gehören in den Verantwortungsbereich des Staates und unter die Kontrolle des Parlamentes und nicht in Privathand der Profiteure und Cuponschneider!

BERND C. SCHUHMAN

## Eine außergewöhnliche Frau

**Mein Name ist Elisabeth Monsig, geboren am 1. Januar 1924 in Köln. Nun, wie man an meinem Alter erkennen kann, bin ich nicht von gestern, sondern eher noch von vorgestern.**

Mein Urgroßvater diente 1870/71 als Soldat im Krieg gegen Frankreich. Er kam mit einem Blechorden zurück. In dieser Nachkriegszeit kamen im Dezember 1889 mein Vater und im Juni 1898 meine Mutter zur Welt.

Nach dem Krieg war vor dem Krieg. 1914 begann der 1. Weltkrieg. Mein Vater heiratete meine Mutter in aller Eile vor dem Abtransport an die Front. Er wurde zur Kriegsmarine eingezogen. Zum Kriegsende 1918 wurde mein Bruder Hans geboren. In der Nachkriegszeit im Mai 1920 mein Bruder Klemens und 1922 mein Bruder Ferdi. Als ich 1924 auf die Welt kam, also sechs Jahre nach Kriegsende, begann sich die Nachkriegszeit schon wieder in eine Zeit der Kriegsvorbereitungen zu wandeln. Als Schulkind (1930-1938), bald im faschistischen Deutschland, blieb ich von der zunehmenden Kriegspropaganda nicht verschont.

Führende Kommunisten standen den Kriegshetzern im Weg und wurden zu Hauf umgebracht, wie mein Vater, ein Rotfrontkämpfer. Er organisierte den Widerstand auch im ländlichen Raum. Als er von einem Treffen mit dem Rad zurück nach Köln fuhr, lauerten ihm Faschisten auf, die ihn mit einem LKW überfahren. Das war zum Jahreswechsel 1932/33, noch vor der sogenannten »Machtergreifung«. Kurz darauf, an meinem 9. Geburtstag, starb er an den erlittenen Verletzungen. Ich habe ihn als einen sehr liebevollen Vater in Erinnerung.

Meine Mutter war ebenfalls sehr aktiv im Untergrund. Sie wurde verraten und landete für lange Zeit im Knast. Ihre Kampfgefährten kümmerten sich aber um uns Kinder. Wir wurden in deren Familien aufgenommen und so erfuhr ich schon frühzeitig, was Solidarität, Vertrauen und menschliche Wärme bedeutet.

Dann erlebte ich den 2. Weltkrieg in Angst vor Bomben und Feuer, Hunger und Trauer. Dann die Besatzung und die Nachkriegszeit ohne Strom, ohne fließendes Wasser, Mangelversorgung, wo ein Brot 40 Reichsmark kostete. Eine Zeit, in der mich ein alter Genosse mit seinem Fahrradanhänger viele Kilometer durch die kaputte Stadt zur Entbindung ins Krankenhaus bugsierte. Der Krieg war zu Ende, aber der Kommunistenhaß blieb.

Meine beiden Kinder durften eines Tages, organisiert von der KPD, in ein Kinderferienlager in die DDR reisen. Als sie zurückkamen waren sie so unglaublich begeistert, daß ich sehr neugierig wurde auf diese Deutsche Demokratische Republik. Daß ein Grenzübergang

nicht ohne Gefahren war, hatte ich bereits 1951 erfahren, als wir uns heimlich auf den Weg zu den Weltfestspielen nach Ostberlin machten. Aber mein Entschluß stand fest und so brachen wir auf in die sozialistische Welt.

Als ich 1954 mit meinen zwei Kindern in die DDR kam, war der Unterschied zum kapitalistischen Staat eine angenehme Überraschung. Im Westen war ich schon lange arbeitslos. Hier bekam ich schon am dritten Tag einen Arbeitsvertrag und konnte in einem volkseigenen Betrieb Geld verdienen. Die Kinder gingen in eine 10-Klassen-Schule. Sie bekamen täglich ihr Mittagessen im Kinderhort und wurden dort betreut bis zu meinem Feierabend. So etwas gab es nicht in der BRD. Mein Mittagessen kostete im Betrieb 0,80 DDR-Mark. Man spürte es überall. Wir waren hier in einem Arbeiter- und Bauernstaat.

Angekommen waren wir nur mit Rucksack und Koffer. Ich erhielt einen zinslosen Kredit über 1.500 Mark zur Anschaffung eines kompletten Schlafzimmers, Küchenschrank, Tisch und Stühle und dazu ein sehr großes fernbeheiztes Bodenzimmer für 15 Mark Monatsmiete. Während der Schulferien stellte mich der volkseigene Betrieb frei, um zur Kinderbetreuung mit ins Ferienlager des VEB Mineralölwerk Lütgendorf nach Großbreitenbach in Thüringen zu fahren. Mein Gehalt lief weiter. Monatlich gab es einen bezahlten Haushaltstag. Am 8. März wurden alle Frauen geehrt.

Ab 1. Januar 1984 bekam ich mit 60 Jahren Altersrente. Es entfielen sofort die Beiträge für die Krankenkasse, sowie die Rundfunkgebühren. Als Rentner zahlte man halbe Fahrpreise für Bus, Bahn und kulturelle Veranstaltungen. Das war Klasse. Der »goldene Westen« war für meine Begriffe ein Sumpfloch, in dem sich nur Ausbeuter, Betrüger, korrupte und geldgierige Menschen wohlfühlen konnten. Die DDR war dem Westen menschlich, moralisch, kulturell, sozial, humanistisch und friedenspolitisch, haushoch überlegen.

Das Wort Völkerfreundschaft habe ich übrigens in den 30 Jahren, die ich in der »Weimarer Republik« im »Dritten Reich« und nach 1945 in der Westzone, später BRD, verbrachte, niemals gehört oder gelesen. Meine zweite Heimat, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, hatte eine Hymne, die zu uns paßte. Dort war außerdem »die kleine Friedenstaube« zu Hause.

Als meine Kinder ihre eigenen Wege gingen, konnte ich mich voll in die politische Arbeit stürzen. Ganz besonders nach der Anschluß-Trickserie 1990, als ich mich zurückversetzt fühlte, als wäre ich in einem alten, schlechten Film gelandet. Gelandet bin ich schließlich in Gartz an der Oder, einem schönen Fleckchen Erde in der Uckermark.

(Auszug aus ihren Memoiren)



**Die »Rote Oma« lebt nicht mehr. Am 7. März 2023 ist ELISABETH MONSIG im Alter von 99 Jahren verstorben. Die Beisetzung findet am Freitag, den 14. April, um 14 Uhr, auf dem Friedhof in Gartz statt.**

Viele Jahre bereicherte die »Rote Oma« mit ihren Geschichten, Sprüchen und Gedichten die Inhalte unserer unabhängigen Leserzeitung. Im Namen ihrer Freunde und Genossen von der Eberswalder Lesergruppe der Zeitschrift RotFuchs erinnert Eckhard Laurich im nebenstehenden Beitrag an diese außergewöhnliche Frau. Dabei überläßt er der »Roten Oma« weitestgehend selbst das Wort.

(bbp)

**Nachtrag:** Elisabeth hatte kein gutes Händchen bei der Partnerwahl, dafür war sie umso geschickter bei der Flugblattgestaltung mit lustigen Karikaturen, bei der Plakat- und Transparentbeschriftung und vor allem beim Reimen von Zitaten und Kurzgeschichten.

Es gab sehr häufig Veröffentlichungen ihrer Geisteswerke in verschiedenen Zeitungen und Büchern. Sie war sehr redegewand und schlagfertig und das nicht nur auf Protestveranstaltungen. Viele nannten sie auch »Die Rote Oma«. Aufgrund ihres künstlerischen Interesses pflegte sie Kontakte zu Leuten wie Lutz Jahoda, Horst Jäckel und Wolfgang Herrmann, die Betti allesamt sehr schätzten. Als ROTFUCHS war sie in der Eberswalder Gruppe organisiert. Viele Jahre war sie auch treibende Kraft in ihrer DKP-Parteigruppe und beteiligte sich an großen Treffen wie dem in Mala Upa in der Hohen Tatra. In den letzten Jahren schwand ihr Gehör und auch das Sehvermögen ließ nach. Aber bis ins hohe Alter war sie kaum auf häusliche Hilfe angewiesen, worauf sie sehr stolz war. In ihre politischen Fußstapfen treten ihr Sohn Günther und dessen Sohn Jan.

Elisabeth verstarb plötzlich und unerwartet am 7. März 2023 im Alter von 99 Jahren.

Sie hinterließ viele wertvolle Spuren und wird darum unvergessen bleiben.

ECKHARD LAURICH, RotFuchs Eberswalde | 15

## Brandenburg hat den Längsten

Aber sicher hat dieses Bundesland den längsten, und zwar den LÄNGSTEN Ministerpräsidenten. Von der SPD nämlich. Um Zentimeter soll es hier nur am Rande gehen. Die Mark hat, wie neulich in der Zeitung stand, mit 361.829 die GRÖSSTE Zahl an Mitgliedern in Sportvereinen seit 30 Jahren. Die Jahre davor zählen nicht. Sonst müßte man das relativieren, was offiziell verpönt ist. Laut Statistischem Jahrbuch der DDR von 1989 gab in den Bezirken Cottbus, Frankfurt und Potsdam etwa 616.000 organisierte Sporttreibende.

Mit der LÄNGSTEN Planungsphase für eine Stromleitung kann sich nun die Uckermarkleitung schmücken, und zwar ganze 17 Jahre. Die alte Leitung aus dem Jahre 1958 wird nun durch eine Doppelsystemleitung von 380 kV mit 342 Masten ersetzt, die teilweise bis zu 60 Meter hoch sind und Windkraftstrom nach Süden leiten sollen. Der Welt LÄNGSTE Doppelwasserrutsche steht jetzt auch in Brandenburg. In einem zweckentfremdeten riesigen Zeppelinhangar im Unterspreewald, der sich »Tropical Island« nennt, können nun 200 Gäste pro Stunde (ab 120 cm Größe) die Zeit stoppen, in der sie die 213 Meter Rutschpartie absolvieren. Sie könnten auch die Zeit stoppen, wie lange sie mit dem Auto in den Unterspreewald brauchen. Eberswalde hat auch den längsten, nein, den HÖCHSTEN. Und zwar den höchsten Kanaldamm Europas, den Ragöser Damm, mit 28 Metern Höhe.

Daß die Barnimer Waldstadt die GRÖSSTE gemauerte Kirchturmsspitze der Welt hat, ist ja hinlänglich bekannt. In der »preußischsten aller preußischen Städte«, nämlich Neuruppin, steht das SCHÖNSTE Landratsamt des Landes, ein historisierender Bau von 1895. Nach 1945 ließ sich die Sowjetarmee mit ihrer Kommandantur dort nieder. Ja, sie hatten Geschmack, die Sieger. Das GRÖSSTE UNESCO-Kulturerbe-Ensemble Germaniens findet sich in Potsdam. Auf 1337 Hektar Fläche versammeln sich 150 historische Gebäude, zwischen 1730 und 1916 gebaut, darunter natürlich der Park Sanssouci und Babelsberg. In diesem östlichen Ortsteil der Landeshauptstadt, in Babelsberg, begann 1912 das ERSTE größere Filmstudio der Welt seine Produktionen. Noch vor Hollywood.

Brandenburg hat wirklich den größten – den GRÖSSTEN Mitgliederschwund aller evangelischen Landeskirchen. Im letzten Jahr verlor sie 28.000 seiner Seelen und im Jahr davor waren es 29.000 Gläubige. Setzt sich der Trend so fort, reduziert sich die berlin-brandenburgisch-niederschlesische-oberlausitzische Kirche in den nächsten 15 Jahren um 42 Prozent, in Zahlen: 344.000 gläubige Seelen weniger. Die wenigen Taufen, die jährlich stattfinden, können dem nichts entgegensetzen. Aber Gott ist im Himmel mit allen seinen Seelen.

Darauf vertraut auch Brandenburg mit seinem LÄNGSTEN aller Ministerpräsidenten ...

JÜRGEN GRAMZOW

## Gedenken an Piloten

**Eberswalde (bbp).** Vor 57 Jahren, am 6. April 1966, kamen Boris Kapustin und Juri Janow bei dem Versuch ums Leben, ihr havariertes Flugzeug vom Typ Jak-29 kontrolliert im Stößensee in Westberlin zu landen. Sie verhinderten so einen unkontrollierten Absturz auf Westberliner Wohngebiete.

In Rostow am Don, der Heimatstadt von Boris Kapustin gibt es seit vorigem Jahr ein »Denkmal für die Helden vom Stößensee« (BBP Winter/2022). In Eberswalde ruft die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft für den **6. April** dazu auf, an die beiden sowjetischen Flieger an der Gedenktafel auf dem Garnisionsfriedhof in Westend oder im Finowfurter Luftfahrtmuseum in stillem Gedenken zu erinnern.

## »Willkommen im Paradies«

Das Kanaltheater beginnt mit den Vorbereitungen und Proben zur neuen Open Air Produktion »Willkommen im Paradies«. Dazu laden wir herzlich interessierte Menschen ab 14 Jahren ein, dabei zu sein!

Ihr habt Lust auf Theater, auf Bühne & Spaß am gemeinsamen Erschaffen eines Gesamtkunstwerks? Das Mitmachen ist eine tolle Gemeinschaftserfahrung: Diskurs zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung inklusive.

Meldet euch gern spontan via Mail oder telefonisch (hallo@kanaltheater.de, 0178 / 45 54 579). Wir proben am 1. April, 14-17 Uhr, im ROFIN PARK EBERSWALDE, Coppistraße 3, Haus 57.

DAS KANALTHEATER

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle  per Lastschrift  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift

**Widerrufsrecht:** Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:  Datum, 2. Unterschrift

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

## Eberswalder Bürgerempfang

Als »Bürgermeister zum Anfassen« lädt Götz Herrmann am 22. April, ab 14.30 Uhr, alle Eberswalder ein in den Märkischen Park im Brandenburgischen Viertel.

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**eMail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 22. Februar 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19. April 2023.